

www.wenden.de Blickpunkt

Oktober/November 2020

Nr. 285



Zum Inhalt

Neuer Standort für Moschee	Seite 3
Das Ständesamt	Seiten 4 – 6
Radfahren in Wenden?	Seite 7
Umstellung Gas	Seiten 8 – 9
Werbegemeinschaft informiert	Seiten 9 – 10
Einschulung 2020	Seiten 11 – 13
Umbruch Ost	Seiten 14 – 16
Treffen der Ortsvorsteher	Seite 17
Verkehrswende vor Ort gestalten	
Position des Städte- und Gemeindebundes	Seiten 18 – 23
Bänke erneuert – Schönau geht voran!	Seiten 24 – 25
Feuerwehrgerätehäuser – Brandschutzbedarfsplan	Seiten 26 – 27
Bürgermeisterwahl – Kommunalwahl 2020	Seiten 28 – 29
Personalien	Seiten 30 – 32
Schiedspersonen eingeführt	Seite 33
Umbau Gesamtschule	Seiten 34 – 37
Festliches Hochamt	
„Marie Himmelfahrt“	Seiten 37 – 38
Begrüßungstag bei der EMG	Seite 39
Die Kasse muss stimmen	Seiten 41 – 42
Wettbewerb „naturnahe Gärten“	Seiten 43 – 45
Keine Kirmes, keine Tierschau	Seite 46
Zu guter Letzt!	Seite 47

IMPRESSUM

BLICKPUNKT	Gemeinde Wenden
HERAUSGEBER	Gemeinde Wenden Der Bürgermeister - Rathaus - 57462 Wenden Telefon (0 27 62) 4 06-5 19 Fax (0 27 62) 16 67 E-Mail Rathaus@Wenden.de Internet www.wenden.de
REDAKTION	Rupert Wurm, E-Mail R.Wurm@wenden.de
DRUCK	Druckhaus Kay GmbH
BEZUG	Blickpunkt wird durch Boten zugestellt. Zusätzlich sind Exemplare bei der Gemeindeverwaltung in Wenden, Hauptstr. 75, Zimmer 519 und bei den Ortsvorstehern erhältlich.
BEZUGSPREIS	jährlich sechs Exemplare 6,00 € Einzelpreis: 1,00 €
ERSCHEINT	alle zwei Monate
AUFLAGE	3000 Stück

Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichnet sind, decken sich nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion. Keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Besprechungsexemplare. Einsendern von Manuskripten, Briefen oder Ähnlichem erklären sich mit redaktioneller Bearbeitung einverstanden.
Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung der Gemeinde Wenden strafbar.



Zu den Fotos: Der Ottfinger Dorfladen war schon immer ein Kommunikationszentrum. Heute erwartet die Kundschaft ein modern gestalteter Dorfladen mit vielen frischen und leckeren Artikeln.



Zum Titelbild: Der Dorfladen Ottfingen ist seit dem 3. September geöffnet. Der Dorfladen ist mehr als ein moderner Nahversorger mit großer Produktpalette aus frischen und regionalen Produkten. Das sehr schön gestaltete Geschäft ist der neue Dorfmittelpunkt. Dies dürfte auch in den 1950er Jahren so gewesen sein. Dem neuen Dorfladen mit all seinen engagierten Mitstreitern wünschen wir viel Erfolg.

Neuer Standort für Moschee

Alter Ortskern von Wenden soll neu geordnet werden

Wenden: Bekanntlich hat der türkische Kulturverein mit Unterstützung der Ditib Mevlana das Haus der ehemaligen Bäckerei Viedenz in Wenden erworben, um dort eine Moschee zu errichten. Der Standort liegt im alten Ortskern von Wenden, der bekanntlich verkehrstechnisch alles andere als gut geregelt ist. Eine enge und auch komplizierte Straßenführung haben hier zu allen Zeiten bereits für verkehrstechnische Probleme geführt. Parkende Autos, Ausfahrten der Anlieger, Gegenverkehr haben vor allem für den angrenzenden Kindergarten gefährliche Situationen heraufberufen.

Die CDU-Ortsunion Wenden hat deshalb einen Antrag vorgelegt, die ganze Verkehrssituation im alten Ortskern von Wenden neu zu planen und zu gestalten. Die Verwaltung hat dies zum Anlass genommen, einen qualifizierten Bebauungsplan für aufzustellen.

Ziel des Bebauungsplanes ist es,

- im Rahmen einer geordneten städtebaulichen Entwicklung den vorhandenen Gebietscharakter („alter Ortskern von Wenden“) zu erhalten und weiterzuentwickeln
- die Verkehrsführung von Wendebachstraße und Alter Amtsweg einschließlich der Fußwege zu optimieren



Zum Foto: Das Haus Viedenz im alten Ortskern von Wenden soll nicht zur Moschee umgebaut werden. Vielmehr möchte die Gemeinde Wenden mit einem neuen Bebauungsplan diesen Bereich einer geordneten städtebaulichen Entwicklung zuführen. Insbesondere sollte auch über die Straßenführung nachgedacht werden.

- die Entwässerungs- und Hochwassersituation langfristig zu lösen
- Raum für öffentliche Nutzungen, z. B. Aufenthalt, Parken, zu schaffen.

Auf Antrag von Ratsherrn Ulli Heinrich soll auch der Bereich Bergstraße / Marktplatz in diese Überlegungen mit einbezogen werden.

Für den möglichen Bau einer Moschee soll in Wenden ein alternativer Standort gesucht werden.

Gemeindeverwaltung Wenden

Bürger nah – für alle da!



Zum Foto: Dirk Wirth (1. Standesbeamter) und seine Stellvertreterin Angelika Günther stehen in besonderer Weise für das Standesamtswesen in Wenden.

Wenden/Gemeindegebiet: Gute Lebensverhältnisse für die Menschen zu schaffen, ist die originäre Aufgabe der Kommunen in ihrer Allzuständigkeit. Lebensqualität basiert auch auf einer intakten Infrastruktur, dem Schutz der Umwelt und des Klimas, den sozialen Sicherungssystemen sowie durchlässigen und zugänglichen Bildungssystemen. Rat und Verwaltung der Gemeinde Wenden wollen die hohe Lebensqualität für ihre Bürgerinnen und Bürger erhalten, die finanziellen Belastungen für die kommenden Generationen reduzieren und die richtigen Impulse für die Investitionen zur Erneuerung unserer Infrastruktur und zum Ausbau eines leistungsfähigen Bildungssystems setzen.

Der Rat ist das oberste Gremium innerhalb unserer Kommune. Die Beschlüsse des Rates bestimmen maßgeblich die Entwicklung unserer Gemeinde. Die Umsetzung der Beschlüsse, die Verwaltung der Gemeinde, das „handwerkliche Tun“ liegt in den Händen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung. Chef der Verwaltung ist der Bürgermeister.

Gemeindeverwaltung – das ist weit- aus mehr als „Knöllchen verteilen“ und „Pässe ausstellen“. Das Wohl der Einwohner und Bürger umfasst eine große Palette, eine gewaltige Aufgabenvielfalt. Bedingt durch die Aufgabenvielfalt gibt es auch innerhalb der Gemeindeverwaltung die verschiedensten Berufsgruppen.

In den nächsten Ausgaben des Blickpunktes werden wir die unterschiedlichsten Arbeitsbereiche bzw. Berufsgruppen vorstellen. Alle stehen im Dienst der Gemeinde Wenden und erbringen an ihrer Stelle eine wertvolle Dienstleistung für unser Gemeinwesen.

Der Standesbeamte / die Standesbeamtin

Die Standesämter beurkunden den Personenstand, also Daten zur Geburt, zur Eheschließung und zum Tod sowie damit in Verbindung stehende familien- und namensrechtliche Tatsachen. So nüchtern steht es jedenfalls im Personenstandsgesetz.

Bis zum 30.09.1874 wurden die Personenstandsfälle bei den zuständigen Pfarrämtern in den Kirchenregistern beurkundet. Nicht zuletzt auch wegen der Trennung von Kirche und Staat erfolgte auf Anordnung des Königreichs Preußens die Führung der Register unter Aufsicht der unteren Verwaltungsbehörden. Betroffen von der Anordnung natürlich auch die Gemeinde Wenden.



Zum Foto: Rüdiger Lazar und Frau Jessica Kosakowski wurden nach der Trauung vom Karnevalsverein Schönau-Altenwenden auf dem Rathausvorplatz in Empfang genommen.

Seither waren folgende Personen in Wenden als Standesbeamter / Standesbeamtin tätig:

1874 – 1917	Amtmann Josef Weingarten
1918 – 1928	Josef Niclas
1926 – 1928	Fritz Wiemers
1929 – 1946	Eduard Quiter, Fritz Eich
1947 – 1963	Fritz Eich, Karl Luke
1964 – 1975	Günter Wagner, Rudolf Clemens
1976 – 2012	Günther Frohnenberg, Ludwig Neite
zwischenzeitlich	Felix Leukel,
aktuell:	Dirk Wirth, Angelika Günther, Simone Stracke

Fällt heute der Begriff „Standesamt“, denkt jeder zunächst einmal an die Eheschließung. Sicherlich ist dies auch der wesentliche Bereich der standesamtlichen Arbeit. Allerdings wird darüber hinaus noch eine Vielzahl von weiteren Tätigkeiten wahrgenommen.

Die Beurkundung einer Geburt ist natürlich ein besonders erfreuliches Ereignis. Bis Mitte der 1960er Jahre wurden in Wenden jährlich noch 150 Geburten beurkundet. Durch die Geburtenstationen in den Krankenhäusern ging die Zahl der Hausgeburten mehr und mehr zurück. Dennoch freuen sich die Mitarbeiter des Standesamtes Wenden über jährlich ein bis zwei Hausgeburten. Die Freude

ist umso größer, wenn sich die Eltern im Trauzimmer der Gemeinde ihr Ja-Wort gegeben haben.

Eheschließungen nehmen einen Großteil der Arbeit ein. Zwischen 90 und 100 Eheschließungen werden jährlich im Eheregister beurkundet. Besonders beliebt ist die Möglichkeit, im historischen Gewölbekeller auf der Wendener Hütte die Ehe zu schließen. Insgesamt wurden hier bereits fast 500 Ehen beurkundet.

Selbstverständlich gehört auch die Beurkundung von Todesfällen zum Aufgabenspektrum. In den meisten Fällen erledigt der beauftragte Bestatter die Formalitäten mit dem Standesamt.

Natürlich hat auch im Standesamt die Digitalisierung Einzug gehalten. Trotzdem sind das Geburten-, Ehe- und Sterberegister über viele Jahre weiter zu führen.

Die Aufgabenstellung im Standesamt ist sehr facettenreich. Beispielsweise seien hier noch Vaterschaftsanerkennungen oder das Namensrecht genannt. Darüber hinaus ist die Tätigkeit nicht nur bei Eheschließungen multikulturell geworden. Ausländisches Recht aus aller Herren Länder bedingt oftmals eine schwierige Aufgabenstellung.

„Standesamt ist somit weitaus mehr, als nur heiraten. Es ist die Freude am Umgang mit Menschen, die Vielfältigkeit der Aufgaben, die große Anforderungen an die Standesbeamten stellt. Die Arbeit mit historischen Büchern auf der einen Seite und der Digitalisierung auf der anderen Seite ist gleichbleibend spannend.“

Und diese Tätigkeit macht Freude“ – so die einhellige Meinung unserer Standesbeamten Angelika Günther und Dirk Wirth.

Digital nacherfasst!

4.280 Geburtenregister der Jahre 1940 bis 2011,

5.656 Eheeinträge der Jahre 1958 bis 2011,

2.167 Sterberegister der Jahre 1988 bis 2011.

Dank an Mitarbeiter Anselm Jung!



Zum Foto: Yokeethan KETHEESWARAN und Frau Khamshageni KANDASAMY (Indien) gaben sich im Trauzimmer des Rathauses das Ja-Wort. Auch das indische Brautpaar wurde vor dem Rathaus mit Blumen und Luftballons in Empfang genommen.

Und wie ist Fahrradfahren in Wenden?

Der Fahrradklima-Test ist das Stimmungsbarometer der Radfahrerinnen und Radfahrer

Mit wenig Aufwand kann die Situation aus Sicht der Radfahrenden in Wenden bewertet werden. Das Feedback aus Sicht der „Alltags-experten“ ist wichtig für Politik und Verwaltung. Der ADFC-Fahrradklima-Test ist eine der weltweit größten Umfragen dieser Art. Er wird vom Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) gefördert. Die Ergebnisse geben einen umfassenden Überblick zur Situation des Radverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Umfrage läuft noch bis zum 30. November. Per Fragebogen können Teilnehmende beispielsweise beurteilen, ob man die Ziele in Wenden zügig und direkt mit dem Rad erreichen kann und ob Radfahrende sich sicher fühlen. Lebensnahe Rückmeldungen tragen zur erfolgreichen Radverkehrsförderung in Wenden bei und sind nützliche Hinweise zur Verbesserung der Radinfrastruktur.

Am einfachsten ist die Teilnahme digital per Online-Fragebogen auf der Website www.adfc.de. Hier können aber im Bereich „Info&Service“ auch Papierfragebögen bestellt werden.



Die Ergebnisse erfreuen sich hoher Anerkennung in Fachkreisen und erheblicher Aufmerksamkeit in den Medien. Während des gesamten Umfragezeitraums werden immer wieder auch Zwischenergebnisse auf der Website veröffentlicht. Damit die Gemeinde Wenden ebenfalls in die Ergebnisliste aufgenommen werden kann wird eine Mindestteilnehmerzahl von 50 Einwohner*innen benötigt.

Jeder kann helfen den ADFC Fahrradklima-Test in Wenden bekannt zu machen. Der ADFC stellt hierzu umfassende Materialien bereit. So können Sharepics auf Instagram, Facebook oder Twitter verbreitet werden. Am liebsten mit den Hashtags #fkt20 und #radklima. Außerdem ist es möglich kostenlos gedruckte Flyer oder Poster nach Hause zu bestellen.

Jede Teilnahme zählt!

Umstellung von L-Gas auf H-Gas in Wenden

- **Neue Gasqualität erfordert Anpassung aller Gasgeräte**
- **Erfassung der Gasgeräte vor Ort beginnt ab Januar 2021**

Zum 31. Mai 2022 stellt Westnetz in **Wenden** und weiteren Kommunen des Kreises Olpe die Erdgasversorgung auf das neue H-Gas um. Der Verteilnetzbetreiber beginnt bereits jetzt mit den Vorbereitungsmaßnahmen. Ab Dezember 2020 werden alle Erdgaskunden schriftlich über den Ablauf und Details der H-Gasumstellung informiert.

Bisher bezogen die mit Erdgas versorgten Kunden das sogenannte L-Gas. Weil dieses langsam zur Neige geht, wird das Erdgasnetz nach und nach auf H-Gas umgestellt. Alle Gasgeräte – wie beispielsweise Heizungsanlagen, Gasherde oder Warmwasserbereiter – und Gasanlagen in Gewerbe- und Industriebetrieben müssen auf das höherkalorische H-Gas angepasst werden. Dies sind etwa 3.700 Geräte in **Wenden**, die von Westnetz umgestellt werden müssen.

Stephan Birtner, verantwortlicher Teilprojektleiter für die technische Anpassung im Projekt Marktraumumstellung bei Westnetz, erklärt: „H-Gas hat einen höheren Brennwert als L-Gas. Deshalb ist es notwendig, alle Gasgeräte sowohl in Haushalten als auch in Unternehmen rechtzeitig an die neue Gasqualität anzupassen.“

In vielen Fällen müssen nur die Düsen der Gasgeräte ausgetauscht oder eine Einstellung am Gerät vorgenommen werden. Diese erforderliche Geräteanpassung übernimmt Westnetz und ist für die Kunden kostenfrei. Ausgenommen sind die Gasgeräte, die nicht mehr angepasst werden können, weil z. B. keine Ersatzteile mehr verfügbar sind. Dann können Kosten entstehen. In diesen Fällen werden die Kunden nach der Geräteerhebung gesondert informiert und haben gegebenenfalls Anspruch auf eine anteilige Kostenersatzung.

„Damit alle Geräte rechtzeitig auf H-Gas umgestellt werden können, werden wir ab Januar 2021 beginnen, alle häuslichen, gewerblichen und industriellen Gasgeräte zu erfassen“, so Birtner. „Das bedeutet, dass zertifizierte Fachfirmen in unserem Auftrag zunächst alle Haushalte und Gewerbebetriebe für die Erfassung besuchen, um rechtzeitig für die Anpassung erforderlichen Ersatzteile bestellen zu können. Ab April 2022 erhalten die Kunden erneut Besuch von den Monteuren. Ausgestattet mit den notwendigen Ersatzteilen tauschen sie Düsen, Brenner oder andere Einbauteile aus.“

Es ist wichtig, dass während der Erhebungs- und Anpassungsphase die Kunden den Gasmonteuren Zugang zu allen Gasgeräten ermöglichen. Dafür wird Westnetz ihre Kunden rechtzeitig schriftlich informieren. Alle Monteure können sich mit Lichtbildausweisen legitimieren. Während der jeweiligen Erhebungs- und Anpassungsphase wird Westnetz ein Erdgasbüro in **Drolshagen** einrichten.

Weitere Informationen sowie die wichtigsten Fragen und Antworten zur Marktraumumstellung sind unter www.westnetz.de („Für Energieverbraucher“ -> „Erdgasumstellung“) unter der kostenfreien Telefonnummer 0800-66469070-03 für Wenden abrufbar.

Hintergrund

In Deutschland wird die Versorgung mit Erdgas durch zwei verschiedene Gas-Arten gewährleistet, die sich vor allem durch ihren Methangehalt und den Brennwert unterscheiden: Erdgas L (engl. = low calorific gas – niedriger Brennwert) und Erdgas H (engl. = high calorific gas – hoher Brennwert). Der kontinuierliche Rückgang der L-Gasaufkommen in Deutschland und den Niederlanden ist der Grund für die notwendige Umstellung von Erdgas L auf Erdgas H, die sogenannte Marktraumumstellung. Die nachgewiesenen H-Gas Reserven erlauben auch in Zukunft eine sichere Erdgasversorgung.

Für die bundesweite Umstellung auf das energiereiche H-Gas haben die Gesetzbetreiber gemeinsam mit der Bundesnetzagentur einen Netzentwicklungsplan abgestimmt.

Bei Rückfragen

Christoph Brombach
Pressesprecher
T 0271 584 2458
M 0172 2542780
Christoph.brombach@westnetz.de

Über die Westnetz GmbH

Die Westnetz GmbH mit Sitz in Dortmund ist der Verteilnetzbetreiber für Strom und Gas im Westen Deutschlands. Das Unternehmen ist eine 100-prozentige Tochter der innogy Westenergie GmbH. Westnetz betreibt mit 5.100 Mitarbeitern eine Vielzahl von Netzen unterschiedlicher Eigentümer im Westen Deutschlands. Sie ist ein unabhängiger Verteilnetzbetreiber und stellt die Gas- und Stromnetze allen Marktteilnehmern diskriminierungsfrei zur Verfügung. Innerhalb der innogy Westenergie GmbH verantwortet Westnetz im regulierten Bereich Planung, Bau, Instandhaltung und Betrieb von 180.000 Kilometern Stromnetz und 24.000 Kilometern Gasnetz. Westnetz unterstützt die Energiewende in Deutschland mit zukunftsorientiertem Aus- und Umbau der Netze sowie zahlreichen Innovationsprojekten.



Zum Foto: Westnetz stellt am 31. Mai 2022 alle Erdgaskunden in Wenden auf die neue Erdgasqualität „H“ um. Dazu müssen an den Gasthermen z. B. die Düsen ausgetauscht oder Geräteeinstellungen vorgenommen werden.

Die Werbegemeinschaft informiert!

Wenden/Gemeindegebiet: Die Coronakrise hat natürlich auch die alljährlichen Aktionen der Werbegemeinschaft Wenden getroffen. So mussten beispielsweise die Jahreshauptversammlung und der Wendener Sommer abgesagt werden.

In einer umfangreichen Vorstandssitzung wurde jetzt allgemein die weitere Vorgehensweise für die Werbegemeinschaft Wenden besprochen. Wir unterrichten Sie über die wichtigen Dinge:

Jahreshauptversammlung

Die Jahreshauptversammlung, einschließlich der anstehenden Vorstandswahlen, wird auf den März 2021 verschoben. Die Kassenprüfung für das Rechnungsjahr 2019 ist erfolgt.

Weihnachtsgewinnspiel

Das Weihnachtsgewinnspiel 2020 soll wie üblich durchgeführt werden. Über den genauen Ablauf werden wir noch informieren. Eine Direktverlosung auf einem Weihnachtsmarkt im Wendener Land wird es allerdings in diesem Jahr nicht geben.

Wenden is(s)t laufend lecker unterwegs!

Die kulinarische Wanderung fällt in Absprache mit den teilnehmenden Restaurants pandemiebedingt aus. Wenn es im nächsten Jahr möglich ist, soll sie wieder am 3. Oktober stattfinden.

Wendelin

Wendelin ist das neue Markenzeichen der Werbegemeinschaft Wenden. Wendelin gilt schlechthin als der fröhliche Botschafter für das Geschäftstreiben im Wendener Land. Die Werbegemeinschaft Wenden hat jetzt Wendelin-Artikel aufgelegt. Ein Turnbeutel, Frühstücksbrettchen und Kaffeetassen können in den Räumen von Sparkasse und Volksbank sowie im Rathaus der Gemeinde Wenden

erworben werden. Die Artikel eignen sich bestens für kleine Geschenke und Aufmerksamkeiten beim Besuch von Freunden und Bekannten. Auch bei Kindern erfreuen sich die schönen Dinge mit dem lustigen Wendelin großer Beliebtheit. St. Martin, Nikolaus und Weihnachten stehen vor der Tür.

Der Vorstand der Werbegemeinschaft Wenden ist weiterhin aktiv, um seine Mitgliedsbetriebe, den Einzelhandel und Dienstleister, die Gastronomen zu unterstützen. Weitere Informationen zur Werbegemeinschaft Wenden, alle Ansprechpartner und Aktionen, findet man auf der Homepage unter wg-wenden.de.



Zum Foto: Schöne Werbeartikel können bei der Sparkasse, der Volksbank und im Rathaus erworben werden.

„Alle Jahre wieder“ – Einschulung 2020

Wenden/Hünsborn/Gerlingen/Rothemühle: Getreu dem Weihnachtslied „Alle Jahre wieder“ war auch ursprünglich für 2020 die Einschulung in den Grundschulen und der Gesamtschule in Wenden geplant.

Doch coronabedingt sollte alles anders werden. In diesem Jahr musste auf eine große Einschulungsfeier mit allen i-Männchen verzichtet werden. Vielmehr wurde für alle Klassen einzeln ein Gottesdienst gehalten und die Einschulung in den Grundschulen vorgenommen. 2020 erlebten wir deshalb einen rasenden Blickpunktreporter, der ja bekanntlich von allen i-Männchen ein Foto machen wollte. Zwischen Hünsborn, Gerlingen und Wenden war er am Donnerstag, 13. August, laufend unterwegs. Vorsorglich hatte der Grundschulverbund Wenden die Einschulung für Rothemühle auf Freitag, 14. August, verlegt.

Zu alledem meldete die Gesamtschule noch einen positiv getesteten Coronafall. Die für Donnerstag, 13. August, vorgesehene Einschulung wurde auf Montag, 17. August, verschoben.

In diesem Jahr fiel alles ein wenig kleiner aus. Opa und Oma, Paten-tante und Patenonkel, die Geschwister mussten zu Hause bleiben. Lediglich die i-Männchen und ihre Eltern waren bei der Einschulung zugelas-

sen. Es war beileibe kein Event, man fühlte sich eher an eine Einschulung in den 1960er Jahren erinnert.

Hatten wir bei den Einschulungszahlen im letzten Jahr mit 217 Kindern einen positiven „Ausrutscher“ nach oben, konnten in diesem Jahr mit 176 Kinder eigentlich eine relativ konstante Zahl eingeschult werden.

Eingeschult wurden

Grundschulverbund Wendener Land

Hauptstandort Wenden	65 (3 Klassen)
Teilstandort Rothemühle	25 (1 Klasse)
Grundschule Gerlingen	53 (2 Klassen)
Grundschule Hünsborn	33 (2 Klassen)
Gesamtschule Wenden	129 (5 Klassen)

Gegenüber dem Vorjahr wurden 30 Schülerinnen und Schüler mehr eingeschult. Somit werden an der Gesamtschule insgesamt 820 Kinder und Jugendliche unterrichtet, im SEK I –Bereich 723 und im SEK II-Bereich 97. Ganz klar, die Gesamtschule hat Fahrt aufgenommen.

Schülerzahlen gesamt:

Gesamtschule Wenden	820
Grundschule Gerlingen	216
Grundschule Hünsborn	151
Grundschulverbund Wendener Land	
Hauptstandort Wenden	226
Teilstandort Rothemühle	159
	1.572

Allen Schülerinnen und Schülern wünschen wir an dieser Stelle großen Spaß beim Lernen und viel Erfolg!





Grundschule Gerlingen



Grundschule Hünsborn



Gesamtschule Wenden



Grundschule Rothemühle



Grundschule Wenden



Umbruch Ost

30 Jahre Währungsunion

Unter dem Titel „Auferstanden aus Ruinen“ hatten wir in der letzten Ausgabe über die Nachkriegsjahre im Westen, das Hamstern, den Handel und die Warenverteilung berichtet. Der Artikel von Wirtschaftshistoriker Marvin Brendel ging abschließend auch auf die Situation im Osten ein. Hier bestimmten staatliche Vorgaben das Warenangebot und die Preise. Selbständige Händler nach westlichem Vorbild kannte man nicht, sie wurden an den Rand gedrückt. Das änderte sich erst mit der Wende 1989.

Umbruch Ost / 30 Jahre Währungsunion

Hinweis: Die Bilder zum Bericht von Marvin Brendel wurden von unserer Partnerstadt Dingelstädt in Thüringen zur Verfügung gestellt. Ein Dankeschön gilt Ordnungsamtsleiter Günter Nolte und dem Stadtarchiv.

„Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, gehen wir zu ihr!“, so lautet eine Forderung der Friedlichen Revolution in der DDR. Vor 30 Jahren, am 1. Juli 1990, ist es soweit: Die Einführung der D-Mark läutet den auch für den ostdeutschen Einzelhandel schmerzhaften Systemwechsel von der Plan- zur Marktwirtschaft ein.

Leere Regale, Warteschlangen vor Geschäften und lange Lieferzeiten für Möbel, Pkws oder Elektrogeräte – so sieht in der DDR der Einkaufsalltag aus. Gute Beziehungen zum Verkaufspersonal werden daher gepflegt, knappe Produkte gekauft, wenn sie erhältlich sind. Gleichzeitig haben viele Ostdeutsche dank Westfernsehen, Westverwandtschaft und Westpaketen die Warenfülle in der Bundesrepublik immer vor Augen. Es verwundert also wenig, dass sich die Kritik der Demonstranten während der Friedlichen Revolution 1989 in starkem Maße auch gegen die schlechte Versorgungslage richtet.



Zum Foto: Blick in den Konsum von Dingelstädt im Jahre 1956.



Zum Foto: Die Wilhelmstraße in Dingelstädt. Im Hintergrund rechts das Rathaus (1970).

Unverkäufliche Warenbestände

Am 9. November 1989 verkündet Politbüromitglied Günter Schabowski die „sofortige, unverzügliche“ Reisefreiheit für alle DDR-Bürger – und ebnet damit den Weg zum Fall der Mauer und zur Deutschen Einheit. Gut ein halbes Jahr später, am 1. Juli 1990, wird die D-Mark zum offiziellen Zahlungsmittel in der DDR. Für die Händler heißt das, innerhalb nur eines Wochenendes ihr komplettes Sortiment umzustellen und alle Preise neu auszuzeichnen. Mit dem neuen Geld, das laut Bundesregierung „wirklich etwas wert ist“, sollen die Ostdeutschen endlich an der bunten Warenwelt Westdeutschlands teilhaben und sich lang gehegte Konsumwünsche erfüllen. Das sind eigentlich gute Voraussetzungen für die Transformation des ostdeutschen Einzelhandels, der überwiegend von den Geschäften der „Handelsorganisation“ (HO) und der Konsumgenossenschaften dominiert wird. Doch statt zu profitieren, fällt er „in ein tiefes Loch“, wie der Hauptverband des Deutschen Einzelhandels (HDE) in seinem Arbeitsbericht 1990 nüchtern konstatiert.

Tatsächlich ist die Ausgangslage für einen erfolgreichen Start in die Marktwirtschaft denkbar schlecht: Die Geschäfte befinden sich meist in alten, von unterlassener Instandhaltung geprägten Gebäuden. Ihr Erscheinungsbild ist unattraktiv und unmodern.



Zum Foto: Die Kaufhalle in Dingelstädt war das eigentliche Einkaufszentrum in DDR-Zeiten. Das Foto entstand 1970.



Zum Foto: Schnell nach der Wende eröffneten westliche Discounter ihre Geschäfte. 1993 kam der REWE-Markt nach Dingelstädt.

Die geringen Verkaufsflächen und die von viel Handarbeit geprägten Arbeitsabläufe entsprechen bei weitem nicht modernen Anforderungen.

Mit der Währungsunion müssen die Händler viele Warenbestände aus DDR-Zeiten als unverkäuflich abschreiben. Gleichzeitig zerrt die Vorfinanzierung für die neuen Westprodukte an der geringen Liquidität. Hinzu kommt, dass die meisten Verkaufsstellen in der DDR eher zentral geleiteten Verteil- und Versorgungseinrichtungen gleichen. Ein eigenverantwortlicher Wareneinkauf, die Orientierung an Kundenbedürfnissen, Marktforschung und Marketing oder eine flexible Preisgestaltung sind nicht vorgesehen. Dementsprechend schwer fällt vielen Handelsbetrieben die Umstellung auf die ungewohnte unternehmerische Freiheit.

Für eine zusätzliche Verschärfung des Wettbewerbs sorgen vor allem westdeutsche Filialunternehmen. Nach D-Mark-Einführung und Deutscher Einheit bestehen für sie bei einem Engagement in den neuen Bundesländern kein Währungsrisiko und kaum noch rechtliche Unsicherheiten. Daher treiben die Ketten nun verstärkt den Aufbau eigener Handelsstrukturen voran.

Kaufkraft aufsaugende Zentren

Bereits 1991 erreicht ihr Anteil am wachsenden ostdeutschen Einzelhandelsumsatz 29 Prozent, 1995 sind es schon 60 Prozent. Auf dem Vormarsch sind dabei vor allem Discounter und große SB-Warenhäuser. Denn sie profitieren am stärksten von dem sich verschlechternden wirtschaftlichen Umfeld: Nach der Währungsunion bricht die Industrieproduktion in den neuen Bundesländern drastisch ein. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit steigen stark an und führen dazu, dass die Ostdeutschen beim Einkaufen stärker auf den Pfennig achten.

Als bis heute nachwirkend erweist sich in der Wendezeit das Fehlen ausreichend großer und ausgestatteter Verkaufsräume in den Innenstädten. Neue Geschäfte entstehen vor allem an den Stadträndern, wo die Kommunen bevorzugt neues Bauland zu günstigen Konditionen ausweisen. Verkehrsgünstig gelegen gibt es dort viel Platz für große Verkaufsflächen und kostenlose Parkplätze. Die Entwicklung wird vom Handelsverband kritisch begleitet: Der Bau „gewaltiger, Kaufkraft aufsaugender Einkaufszentren“ am Stadtrand lasse den Innenstädten und dem dort ansässigen Einzelhandel kaum Entwicklungschancen. Sie drohten zu veröden.

Insgesamt, so bilanziert der HDE jedoch in seinem Arbeitsbericht für 1993, befindet sich der ostdeutsche Einzelhandel schon nach wenigen Jahren „auf dem Weg zur Normalität“:

Die Händler „haben gelernt, Bedarf beim Kunden zu erzeugen, mit wechselnden Nachfragetrends umzugehen und die Preispolitik den Erfordernissen anzupassen.“ Auch Wettbewerb empfänden sie „nicht mehr als Bedrohung“. „Besorgniserregend“ sei aber der wachsende Verkaufsflächenüberhang. Er führt ab 1995 zu einem Konsolidierungsprozess, der sich in verstärkten Marktaustritten und zunehmender Konzentration äußert.



Zum Foto: Natürlich entstand auch in Dingelstädt ein ALDI-Markt.

Treffen Ortsvorsteher und Ortsvorsteherinnen

Wenden/Gemeindegebiet: Coronabedingt war die für das Frühjahr geplante Dienstbesprechung aller Ortsvorsteher ausgefallen. Da auch Kirmes und Tierschau Corona zum Opfer gefallen sind, traf man sich am eigentlichen „Kirmesdienstag“, 18. August, um 17.00 Uhr im Ratssaal zur gemeinsamen Dienstbesprechung.

Wichtige Punkte wurden zunächst von Bürgermeister Bernd Clemens angesprochen. Dabei ging es um den ausgefallenen Frühjahrsputz, den Riesenbärenklau, eventuelle Willkommensveranstaltungen in den Ortschaften, die Kommunalwahl, Bürgerversammlungen usw.

Anschließend hatten die Ortsvorsteher das Wort. Und wie in allen Dienstbesprechungen gab es eine Vielzahl an Punkten, die angesprochen wurden. Beispielsweise seien hier genannt: der Einsatz von Geschwindigkeitsmessgeräten, das Aufstellen von Dog-Stationen, defekte Straßenbeläge und Kanaldeckel, mögliche Wasserspeicher und Löschteiche. Ganz wichtig ist den Ortsvorstehern die Sauberkeit in den einzelnen Ortschaften.

Außerdem macht man sich Sorge wegen des zunehmenden Verkehrs auf den Radwegen. Die Fahrradwege werden immer gefährlicher, da E-Bikes, Skater, Hunde, Spaziergänger sich begegnen.

Die Verwaltung arbeitet aktuell an einem ergänzenden Fahrradwegkonzept, die Vernetzung mit anderen Wegen und Verkehrsmitteln. Auf die besonderen Gefahren auf unseren Radwegen soll nochmal hingewiesen werden. Ganz wichtig: Es bedarf einfach mehr Verständnis aller Benutzer untereinander. Bei Begegnungsverkehr sollte man einfach langsamer und vorsichtiger fahren. Hunde sind

anzuleinen, Spaziergänger sollten nicht plötzlich die Straßenseite wechseln, dies gilt insbesondere auch für Kinder.

Mit der Wahlzeit des Rates endet auch die Wahlzeit der Ortsvorsteher.



Zum Foto: Die Ortsvorsteher kamen an Kirmesdienstag zu einer Besprechung im Ratssaal zusammen

Verkehrswende vor Ort gestalten

• Mobilität sichern • Klima schützen • Wirtschaft stärken

Der Autor

Dr. Gerd Landsberg

ist Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund vertritt die Interessen der Kommunalen Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden in Deutschland und Europa. Über seine Mitgliedsverbände repräsentiert er rund 11.000 Kommunen in Deutschland.



Zum Foto: Vier Parkplätze für zwei E-Lade-Säulen sind unterhalb des Rathauses reserviert. Die Parkplätze sind fast immer verwaist! Besteht kein Bedarf?

Es wurde Zeit! Im Zuge der Klimadebatte ist die Verkehrswende auf Bundesebene angekommen und erhält mit dem Klimaschutzprogramm 2030 die dringend notwendige Aufmerksamkeit in der politischen Debatte. Auch im Zuge des Konjunktur- und Zukunftspakets sollen nachhaltige Verkehrsträger während und nach der Corona-Pandemie gestärkt werden. In den Städten und Gemeinden wird bereits seit vielen Jahren an neuen Mobilitätskonzepten gearbeitet. Neben dem forcierten Ausbau von ÖPNV und Radverkehr stellen auch der technologische Wandel durch Digitalisierung und alternative Antriebe die Kommunen vor umfassende Zukunftsaufgaben.

Gleichzeitig gilt es, auf das veränderte Mobilitätsverhalten durch die Corona-Pandemie zu reagieren. Dabei stellen weder die komplette Verdrängung des Autos, noch die alleinige Konzentration auf E-Mobilität eine sinnvolle Lösung dar. Es gilt gleichermaßen der Mobilität der Menschen, dem Klimaschutz sowie den Anforderungen einer starken Wirtschaft und funktionierender Städte und Gemeinden gerecht zu werden. Der Wandel zu einem nachhaltigen Mobilitätssystem in Deutschland ist komplex, benötigt Zeit und vor allem Ressourcen und hört nicht an Verwaltungsgrenzen auf. Ohne massive Unterstützung des Bundes und der Länder in den kommunalen Aufgabenfeldern ist die Verkehrswende vor Ort nicht zu schaffen.



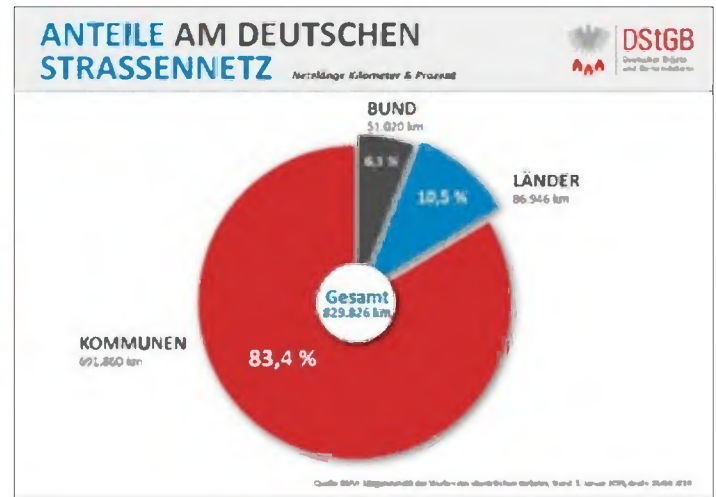
Investitionsoffensive für eine umfassende Verkehrswende

Zu den bedeutendsten Faktoren, um maßgebliche Erfolge im Sinne nachhaltiger Mobilität zu erreichen, zählt die Infrastruktur für den ÖPNV und Radverkehr. Hoffnungsträger wie die Digitalisierung von Verkehrssystemen und neue Mobilitätsangebote wie Carsharing leisten ihren Beitrag, sind jedoch in ihrer Wirkung nachrangig zum Ausbau der (analogen) Infrastruktur für nachhaltige Verkehrsträger zu betrachten. Wichtige Schritte des Bundes wurden durch die Änderungen im Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (ÖPNV-Infrastruktur) und im Regionalisierungsgesetz (SPNV-Betrieb) unternommen, können jedoch nur den Anfang für einen flächendeckenden Umbau der Verkehrssysteme darstellen. Deshalb setzen sich die Kommunen im Rahmen des gemeinsamen Bündnisses für

moderne Mobilität gegenüber Bund und Ländern für eine Fortsetzung der Investitionsoffensive im Sinne einer umfassenden Verkehrswende ein.

Finanzierung absichern, Klima schützen

Gute Infrastruktur braucht ein auskömmliches und vor allem verlässliches Finanzierungsmodell, das umweltfreundliche Verkehrsträger (ÖPNV, Fahrradinfrastruktur etc.) weiter stärkt und Mobilität für alle erschwinglich macht. Ziel muss ein Mehr an Akzeptanz bei der Bürgerschaft für ein verbrauchs-, ausstoß- und nutzungsorientiertes Abgabensystem sein. Dies beinhaltet ein differenziertes Modell unter Einbeziehung der Kfz-Steuer sowie der Öko- und Energiesteuern und eine damit verbundene Belastung klimaschädlichen Verhaltens einerseits und der Verwendung dadurch bedingter



Einnahmen in klimafreundliche Maßnahmen andererseits. Erforderlich ist eine aufwandbezogene Verteilung zwischen den Kommunen, den Ländern und dem Bund. Hierbei ist zu beachten, dass die Kommunen den größten Anteil am öffentlichen Straßennetz aufweisen.

Mobilität und Versorgung gewährleisten – in der Stadt und auf dem Land

Für die Mobilität der Menschen, aber auch für den Wirtschaftsstandort Deutschland bleibt der motorisierte Individualverkehr weiterhin bedeutsam. Und auch durch die Coronapandemie erfahren individuelle Verkehrsträger wie Auto und Fahrrad eine stärkere Nutzung. Dort, wo Verkehre gebündelt werden können, beispielsweise auf nachfragestarken Pendlerstrecken, braucht es mehr denn je eine deutliche Verbesserung

der Angebote, um die Menschen beim Umstieg auf alternative Verkehrsmittel zu unterstützen und die Sicherheit und das Wohlbefinden der Fahrgäste zu gewährleisten. Daneben muss zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, aber auch zur Erreichbarkeit touristischer Destinationen, die ÖPNV- und SPNV-Anbindung der Fläche gewährleistet werden. Nur so werden Ballungsräume entlastet und ländliche Strukturen gestärkt. Bei der Debatte um die Verkehrswende darf nicht vernachlässigt werden, dass mehr als die Hälfte der Menschen in Deutschland im ländlichen Raum lebt.

Digitalisierung nutzen, Daseinsvorsorge sichern

Die Digitalisierung schafft neue Möglichkeiten der Verkehrsvermeidung, bspw. durch Home-Office, dezentrale Co-Working-Spaces oder die Arbeit in digitalen Teams. Die Corona-Pandemie verstärkt diesen Trend. Durch den einfachen Zugang per Smartphone kann der Umstieg auf den ÖPNV erleichtert, das Stromtanken abgerechnet oder die beste Fahrradrouten ermittelt werden. Digitalisierung und neue Mobilitätsdienste wie Car-, Bike- und E-Scooter-Sharing können jedoch erst im Verbund mit dem ÖPNV einen Beitrag zur Verkehrswende leisten.

Anstelle der Schaffung von Silolösungen mit wenig Wirkung müssen die verschiedenen Verkehrsträger miteinander vernetzt werden, um den

Zugang durch einheitliche Auskünfte und Buchungssysteme zu erleichtern.

Mobilität ist Daseinsvorsorge! Attraktive Grundangebote müssen daher allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen und dürfen sich nicht nur auf begrenzte Zielgruppen oder Räume beziehen. Bei neuen Verkehrsangeboten wie dem Ride-Pooling muss die kommunale Steuerungsmöglichkeit gewahrt sein, um sicherzustellen, dass von rein markgetriebenen Anbietern keine nachteiligen Effekte für öffentliche Verkehrsangebote ausgehen und somit mehr Verkehrs- und Umweltbelastung entsteht. Die Chancen von Ride-Pooling können am besten durch eine umfassende Integration in den ÖPNV genutzt werden. Auch neue Formen der Nahmobilität wie E-Scooter können ihren Beitrag nur leisten, wenn sie sinnvoll und stadtverträglich in das Verkehrssystem vor Ort integriert werden.

Saubere Luft wird durch alternative Angebote erreicht

Zu viele Städte mussten sich in gerichtlichen Verfahren mit drohenden Diesel-Fahrverboten aufgrund von Grenzwertüberschreitungen auseinandersetzen. Einzelne Fahrverbote erzeugen jedoch lediglich Umgehungsverkehr und bekämpfen das Schadstoffproblem nicht an der Ursache. Dass Fahrverbote kein Automatismus bei Grenzwertüberschreitungen sind und die Anstrengungen der Städte wie der

Ausbau von ÖPNV und Radverkehr die Schadstoffbelastung spürbar reduzieren, erkennen auch die Gerichte an. Auch mithilfe der Bundesförderung wie dem „Sofortprogramm Saubere Luft“ wurden viele wirksame Maßnahmen auf den Weg gebracht. Dieselbusse wurden nachgerüstet, emissionsfreie Fahrzeuge angeschafft und Verkehrssysteme digitalisiert. Da immer weniger Städte die Grenzwerte für Stickoxid überschreiten, sollten die erfolgreichen Programme auf alle Kommunen ausgeweitet werden. Luftreinhaltung entscheidet sich nicht im Gerichtssaal, sondern durch konkrete Maßnahmen vor Ort!

Den flächendeckenden Rollout von Elektromobilität und Wasserstoff fördern

Unterschiedliche Rahmenbedingungen wie Fahrzeugtypen oder Topografie erfordern eine technologieoffene Förderung für alternative Antriebe. Deutschland benötigt einen Antriebsmix aus Elektromobilität, Erdgas bzw. Biomethan, Wasserstoff aber auch Diesel 6d. Grüner Wasserstoff muss zur Marktreife gebracht und Elektromobilität in den kommenden Jahren auch flächendeckend verfügbar werden. Die Bundesregierung geht von einem Bedarf von 1 Millionen Ladepunkten bis 2030 aus. Kommunen und kommunale Unternehmen haben bereits erhebliche Anstrengungen unternommen, um Ladepunkte aufzubauen. Auch wenn ein Großteil der Ladevorgänge zuhause oder am Arbeitsplatz erfolgt, ist der Aufbau

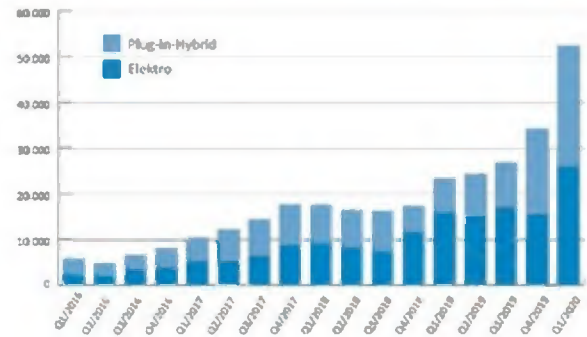
STICKSTOFFDIOXID-BELASTUNG IN STÄDTEN SINKT DEUTLICH



Für die Messungen (abhängig von) der Messstationen für Stickstoffdioxid (NO_2)

Quelle: GfK-Umweltstudien, GfK 2019 2019

NEU ZUGELASSENE PKW MIT ELEKTROANTRIEB 2016–2020



Quelle: Statista-Datenbank, Statista 2019 2019

eines flächendeckenden Schnellladenetzes aufgrund der „Reichweiten-Angst“ von enormer Bedeutung. Der Masterplan Ladeinfrastruktur muss gemeinsam von Bund, Ländern, Kommunen und der Wirtschaft umgesetzt werden, um ausreichend Ladepunkte bei den Bürgern, den öffentlichen und privaten Arbeitgebern, aber auch auf den Parkplätzen des Handels zu schaffen. Zur Stärkung der Elektromobilität in der Fläche sollten Tankstellen eine Versorgungsaufgabe für Ladepunkte erhalten. Darüber hinaus bedarf es schnell einheitlicher und nutzerfreundlicher Standards für das „Tanken“ an den Ladesäulen, von der Abrechnung bis zur Bepreisung. Im Zuge der Nationalen Wasserstoffstrategie muss eine flächige Verteilung von Produktionsanlagen und Infrastruktur für den Einsatz gefördert werden. Auch hier muss die Technologie für verschiedene Nutzungsszenarien,

darunter auch die Individualmobilität, verfügbar gemacht werden. Die Förderung zur Beschaffung von Elektro-, Wasserstoff- bzw. Brennstoffzellenfahrzeugen im ÖPNV und kommunalen Fuhrparks muss auch vor dem Hintergrund der Umsetzung der Clean Vehicles Directive einen wesentlichen Schwerpunkt der Bundesförderung bilden. Vorgegebene Beschaffungsquoten für emissionsfreie Fahrzeuge sind sonst nicht zu erreichen.

Kapazitäten im ÖPNV erweitern, Zugang erleichtern

Ein attraktiver ÖPNV muss preiswert, vor allem aber gut sein. Da bereits heute zur Hauptverkehrszeit vielerorts die Kapazitätsgrenzen erreicht sind und im Zuge der Corona-Pandemie zudem hohe Hygiene- und Abstandsregeln einzuhalten sind, sollte der Fokus auf dem Infrastrukturausbau

sowie der Erweiterung der Angebote durch Taktverbesserungen und zusätzliche Verbindungen liegen. Der ÖPNV-Rettungsschirm des Bundes und der Länder dient lediglich der Erhaltung bisheriger Angebote und dem Ausgleich krisenbedingter Mindereinnahmen. Vergünstigte Fahrpreise wie ein 365-Euro-Ticket können ihre Wirkung nur mit dem quantitativen und qualitativen Ausbau des ÖPNV entfalten. Für die Bürger muss es mehr denn je attraktiver und leichter gemacht werden, den ÖPNV zu nutzen. Komfortsteigerungen durch Echtzeitinformation, Auslastungsprognosen, WLAN und deutschlandweite Tarifsysteme sind hierbei wichtige Bausteine. Anstatt des Tarifschungels unterschiedlicher Verkehrsverbünde kann durch ein deutschlandweites automatisches Ticketing (Vorbild „EasyRide“ in der Schweiz) der Zugang zum ÖPNV

erleichtert werden. Digitale Plattformen und Mobilitätsstationen können zudem nachhaltige Reiseketten unterstützen.

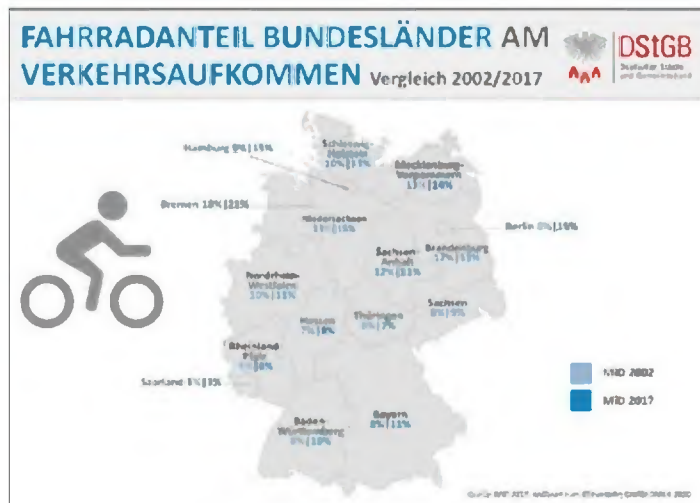
Die Schiene als Rückgrat nachhaltiger Mobilität in Stadt und Land

Personen und Güter müssen vermehrt auf der Schiene befördert werden, um die Klimaziele zu erreichen und gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Deutschland zu unterstützen. Dazu braucht es eine Schienenanbindung auch abseits von Hauptstrecken. Der Schienenverkehr stärkt zudem die Wirtschaft und den Tourismus auch abseits der Zentren. Für die attraktive Anbindung der Fläche spielt der Deutschlandtakt eine entscheidende Rolle. Durch Gleisanschlussförderung muss die dringend notwendige Verlagerung

des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene weiter forciert werden. In den Ballungszentren sind die Kapazitäten im Schienenpersonenverkehr umfassend auszuweiten, um das wachsende Verkehrsaufkommen zu bewältigen. Um den Aufgabenträgern zu ermöglichen, mehr Verkehrsleistung zu bestellen, braucht es neben zusätzlichen Netzkapazitäten und einer Elektrifizierungsoffensive dauerhaft zusätzlicher Regionalisierungsmittel. Die vorgesehenen Erhöhungen müssen komplett der Angebotsausweitung zugutekommen und dürfen nicht in Stationsentgelte und Trassengebühren fließen. Auch regionale Buslinien und Zubringerverkehre sollten dort, wo keine direkte Schienenanbindung möglich ist, durch Regionalisierungsmittel unterstützt werden.

Radinfrastruktur ausbauen, Verkehrssicherheit erhöhen

Die Programme zur Radverkehrsförderung müssen mehr als bislang untereinander abgestimmt und flächendeckend verfügbar gemacht werden. Anstelle einzelner Modellprojekte braucht es eine breit angelegte Infrastrukturoffensive, um den Wegeanteil des Radverkehrs in den Städten aber auch auf dem Land zu erhöhen und dem steigenden Radverkehrsaufkommen zu begegnen. Ziel ist ein lückenloses Radwegenetz, das auch Radschnellwege und pragmatische Führungsformen wie Schutzstreifen außerorts oder die Nutzung von Wirtschaftswegen umfasst. Die Kommunen sind ohne entsprechenden Spielraum und die langfristige finanzielle Unterstützung des Bundes und der Länder nicht in der Lage, diesen



Infrastrukturausbau im erforderlichen Maß voranzutreiben.

Zudem sind deutlich mehr sichere Abstellanlagen an Bahnhöfen erforderlich, wo der Bedarf auf über eine Million zusätzliche Plätze prognostiziert wird. Hierzu bedarf es eines bundesweit koordinierten und standardisierten Verfahrens. Die DB AG und ihre Tochtergesellschaften benötigen den klaren Auftrag, gemeinsam mit den Kommunen vor Ort und unter Zuhilfenahme von Fördermitteln diesen massiven Aufwuchs anzugehen.

Um die Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmer zu erhöhen, bieten sich baulich getrennte Radwegführungen an. Wo der öffentliche Raum begrenzt ist, ist je nach örtlicher Gegebenheit auch eine Neuaufteilung zugunsten von Radfahrern und Fußgängern erforderlich. Hierfür spricht auch das Auftreten neuer Mobilitätsformen wie E-Scootern oder Lastenrädern, welche die Radinfrastruktur zusätzlich benutzen. Die Straßenverkehrsordnung ist auf die neuen Anforderungen fortlaufend zu evaluieren und anzupassen.

Neue Logistikkonzepte

Für funktionierende Städte und Gemeinden sind Güterverkehre unabdingbar. Angesichts des steigenden Warenaufkommens durch den Online-Handel und begrenzter Flächen geraten insbesondere urbane Lieferverkehre ins Blickfeld.

Der DStGB hat daher mit Partnern aus dem Handel und der Paketbranche eine gemeinsame Positionierung verfasst, worin unter anderem der Gesetzgeber aufgefordert wird, den Kommunen die Möglichkeit einzuräumen, Privilegierungen wie Ladezonen leichter auszuweisen. Konzepte für mehr Kooperationen unter den Anbietern auf der letzten Meile wie gemeinsame Mikrodepots und der Einsatz emissionsfreier Fahrzeuge müssen in die Breite getragen werden. Es bedarf eines engen Zusammenspiels von Kommunen und Logistikwirtschaft.

Ausbildungsoffensive starten

Für eine zügige Verkehrswende muss der Personalmangel in Kommunen und Genehmigungsbehörden beseitigt werden. Um die dringend benötigten Verkehrsplaner und Ingenieure aber auch Busfahrer und Lokführer auszubilden, brauchen es eine Ausbildungsoffensive öffentlicher Verkehr, die von einem breiten Bündnis von Wirtschaft, öffentlicher Hand und Bildungseinrichtungen getragen wird und öffentlichkeitswirksam für die Attraktivität dieser Berufsbilder wirbt.

Bürokratie abbauen, Verfahren beschleunigen

Im Bereich kommunaler Mobilität gibt es zahlreiche Förderprogramme der EU, des Bundes und der Länder. Gerade für kleinere und finanzschwache Städte und Gemeinden stellt die Förderbürokratie jedoch eine Hürde dar. Der DStGB schlägt daher neben

vereinfachten Förderprozessen eine Lotsenstelle „kommunale Verkehrswende“ beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur vor, welche die Kommunen bei Maßnahmen zur Verkehrswende berät und Unterstützung bietet. Hierfür setzt sich der DStGB auch im Rahmen des Bündnisses für moderne Mobilität zwischen Bund, Ländern und den kommunalen Spitzenverbänden ein.

Für den notwendigen schnellen und umfassenden Ausbau der ÖPNV-Infrastruktur sollten Genehmigungs- und Klageverfahren deutlich beschleunigt werden. Kommunale Investitionsvorhaben werden nicht gegen, sondern für die Bürger und die Wirtschaft unternommen. Abwägungs- und Beteiligungsprozesse sollten daher verschlankt werden, damit die gesamtgesellschaftlichen Vorteile der Verkehrswende erzielt werden können und die Lebensqualität in den Städten und Gemeinden verbessert wird.

Berlin, 23.06.2020

Bänke erneuert Schönau-Altenwenden geht voran!

Schönau-Altenwenden: In Schönau und Altenwenden wurde jetzt ein Großeinsatz gefahren. 63 Bänke im Umfeld der Dörfer wurden mit neuen Banklatten ausgestattet. Unzählige Helfer waren im Einsatz. Alles war „generalstabsmäßig“ geplant.

Alle Bänke haben ab sofort auch einen Bankpaten, der sich um seine Bank zu kümmern hat. Neben einem alljährlichen Anstrich zählt hierzu auch das Umfeld einer Bank. Hier ist zu mähen, freizuschneiden und zu säubern. Für die „Kameradschaftsbank“

am Bolzplatz hat beispielsweise der Ortsvorsteher selbst, Peter Arenz mit seiner Freundin Kathrin Vierschilling, die Patenschaft übernommen. Zusätzlich wurde hier ein Wegweiser aufgestellt, der beispielsweise den Weg nach Dingelstädt, unserer Partnerstadt in Thüringen, weist.

Das Waldsofa der Gemeinde Wenden wurde in Altenwenden aufgebaut. Von dort hat man einen herrlichen Blick in die weite Landschaft. Die Finanzierung der Bänke erfolgte durch den Wanderverein. Die Gemeinde Wenden

beteiligte sich mit einem Zuschuss. Zusätzliche Einnahmen konnten über den Verkauf von Waffeln beim Gasthof Scherer generiert werden.

Schönau-Altenwenden geht voran. Es gibt in der Ortschaft einige Zugpferde, die mächtig auf die Tube drücken. Toll! Die Dorfgemeinschaft blüht auf. Mit Ortsvorsteher Peter Arenz an der Spitze möchte man Schönau und

Zu den Fotos: Wer fleißig arbeitet, soll wenigstens gut gepflegt werden. In Schönau – Altenwenden wurde bei der Bankaktion an alles gedacht.



Altenwenden, das Vereinsleben und die Dorfgemeinschaft nicht nur neu beleben, sondern ganz nach vorne bringen. Vielversprechende Ansätze und Aktionen gibt es bereits. Weiterhin viel Erfolg. Schönau und Altenwenden blicken positiv in die Zukunft. Das neue Logo steht nicht zuletzt für die Gemeinsamkeiten und Verbundenheit der beiden Ortschaften.

Zu den Fotos: In Altenwenden wurde ein Waldsofa aufgestellt. Hier kann man in aller Ruhe eine wunderschöne Aussicht genießen.



Zum Foto:
Eine ordentliche Montage ist wichtig.



Feuerwehrgeräte- häuser, Brandschutz- bedarfsplan

Gemeindegebiet: Rat und Verwaltung sowie die Vertreter der Feuerwehr der Gemeinde Wenden beschäftigen sich aktuell mit einer Analyse der Standorte und der baulichen Ausstattung der Feuerwehrgerätehäuser. Die Kommunal Agentur NRW wurde deshalb beauftragt, eine Standortanalyse Feuerwehr auf der Grundlage einer fachlichen Sichtung des aktuell gültigen Brandschutzbedarfsplanes durchzuführen. Hierzu wurden im Rathaus zwei Workshops durchgeführt.

Frau Esser und Herr Müller von der Kommunalagentur haben in der Sitzung des Gemeinderates am 9. September ihre Analysen und die Ergebnisse der Workshops vorgestellt.

Vorläufiges Resümee

Die freiwillige Feuerwehr der Gemeinde Wenden ist mit ihren Löschzügen in Wenden, Gerlingen, Hünsborn und Hillmicke grundsätzlich gut aufgestellt. Bei der Gesamtabwägung zwischen Sicherheits- und Schutzbedürfnissen einerseits und den Wirtschaftlichkeitsaspekten andererseits darf auch die hohe Motivation der freiwilligen Kameradinnen und Kameraden an den vorhandenen Standorten nicht außer Acht gelassen werden.



Zu den Fotos: Die Feuerwehrgerätehäuser in Hünsborn (oben) und Hillmicke entsprechen heute nicht mehr dem Stand der Technik. Sinnvolle Erweiterungen / ein Umbau ist nicht möglich. Ein neuer Standort ist deshalb dringend angezeigt.



Angesichts der bisher vorliegenden groben Kostenschätzungen für verschiedene Varianten und der bekannten Ergebnisse der Überprüfung des Brandschutzbedarfsplanes und der Gefährdungsanalyse soll an den vorhandenen Standorten festgehalten werden.

Für die Standorte Hünsborn und Hillmicke ist ein Neubau vorzusehen, da die räumlichen Kapazitäten nicht mehr ausreichend sind und die Sicherstellung eines modernen Brandschutzes nicht gewährleistet werden kann. Zur Zeit wird das Feuerwehrhaus in Wenden erweitert, um den aktuellen Anforderungen an eine zeitgemäße Brandschutzwache nachzukommen. Ein entsprechender Um- und Anbau hat ebenfalls noch in Gerlingen zu erfolgen.

Die Vorstellung der Kommunalagentur fand im Rat der Gemeinde Wenden große Beachtung. Für Hünsborn und Hillmicke sind mögliche neue Standorte zu suchen, wobei Hünsborn bereits zeitnah angegangen werden soll. Der neu gewählte Rat wird sich abschließend mit der Situation der Feuerwehrhäuser beschäftigen. Hohe Investitionen sind auf jeden Fall erforderlich. Zudem soll im nächsten Jahr der neue Brandschutzbedarfsplan extern erarbeitet werden. Unsere Feuerwehren werden zumindest räumlich neu aufgestellt.

Hoffentlich steht auch weiterhin entsprechender Nachwuchs zur Verfügung, der getreu dem Motto „Gott zur Ehr, dem Nächsten zur Wehr“, ehrenamtlich seinen Dienst verrichtet. Dienst für unsere Sicherheit.



Zum Foto: Unsere Feuerwehr steht in besonderer Weise für ein ehrenamtliches Engagement.

S Immobilien



**Ihr Ansprechpartner
in Wenden:**

Andreas Henne

Immobilienvermittlung
Hauptstraße 44, 57482 Wenden
Telefon: 02761 898-3724
Telefax: 02761 898-383330
E-Mail: [andreas.henne@
sparkasse-olpe.de](mailto:andreas.henne@sparkasse-olpe.de)

Wir vermitteln für Sie:

- Einfamilienhäuser
- Mehrfamilienhäuser
- Eigentumswohnungen
- Gewerbliche Objekte
- Baugrundstücke
- Geschäftslokale

**S Sparkasse
Olpe Drolshagen Wenden**

Bürgermeisterwahl, Kommunalwahl

Bernd Clemens bleibt im Amt

CDU gewinnt alle Direktmandate, verliert gleichzeitig die absolute Mehrheit

Gemeindegebiet: Am 13. September fanden landesweit Kommunalwahlen statt. Die Amtszeit des Bürgermeisters und die Wahlzeit des Rates enden am 31.10.2020. Neben einem neuen Gemeinderat war somit auch ein neuer Bürgermeister / eine neue Bürgermeisterin zu wählen.

Zur Wahl hatten sich folgende Personen gestellt:

Bernd Clemens (CDU)
Jutta Hecken-Defeld (SPD)
Thorsten Scheen (UWG)

9694 Stimmen wurden abgegeben.
Ungültig waren 233 Stimmen. Auf die einzelnen Bewerber entfielen:

	Stimmen	
Clemens, CDU	5.841	61.74 %
Hecken-Defeld, SPD	2.200	23.25 %
Scheen, UWG	1.420	15.01 %

Damit wurde der bisherige Amtsinhaber wiedergewählt. In der konstituierenden Ratssitzung am 4. November wird Bürgermeister Bernd Clemens in feierlicher Form in sein Amt eingeführt.

Einzelergebnisse Wahl Gemeinderat wenden vom 13. September 2020

Angaben in Prozent

Bezirk 1 (Wenden-Nord/West, Möllmücke-Nord):
CDU 53,75, SPD 20,21, UWG 18,22, Grüne 7,81
Gewählt: Wolfgang Solbach (CDU)

Bezirk 2 (Wenden-Süd/West):
CDU 44,76, SPD 15,91, UWG 29,20, Grüne 10,14
Gewählt: Dietmar Häner (CDU)

Bezirk 3 (Wenden-Ost):
CDU 62,42, SPD 10,74, UWG 15,27, Grüne 11,58
Gewählt: Bernd Arns (CDU)

Bezirk 4 (Möllmücke):
CDU 43,85, SPD 36,22, UWG 10,75, Grüne 9,19
Gewählt: Patrick Bredebach (CDU)

Bezirk 5 (Gerlingen-Süd):
CDU 50,53, SPD 23,31, UWG 12,46, Grüne 13,70
Gewählt: Sebastian Hüpper (CDU)



Zum Foto: Die Damen aus Altenhof hatten auf „Sieg“ gesetzt. Mit 61,74 % erreichte der amtierende Bürgermeister Bernd Clemens wiederum ein gutes Ergebnis.

Bezirk 6 (Gerlingen-Nord/Ost):
CDU 50,27, SPD 14,26, UWG 17,83,
Grüne 17,65
Gewählt: Franz-Josef Henke (CDU)

Bezirk 7 (Hillmicke, Wendenerhütte,
Büchen, Huppen, Schwarzbruch):
CDU 55,23, SPD 26,31, UWG 7,68,
Grüne 10,78
Gewählt: Stefan Dornseifer (CDU)

Bezirk 8 (Hünsborn-West):
CDU 40,24, SPD 24,50, UWG 18,53,
Grüne 16,73
Gewählt: Jürgen Greis (CDU)

Bezirk 9 (Hünsborn-Süd/Ost):
CDU 48,04, SPD 15,00, UWG 23,70,
Grüne 13,26
Gewählt: Gudrun Scherer (CDU)

Bezirk 10 (Hünsborn-Nord/Ost):
CDU 48,34, SPD 15,07, UWG 16,83,
Grüne 19,77
Gewählt: Nikolas Köhler (CDU)

Bezirk 11 (Altenhof):
CDU 45,08, SPD 34,07, UWG 16,44,
Grüne 4,41
Gewählt: Siegbert Henkel (CDU)

Bezirk 12 (Schönau-Ost/Altenwen-
den, Girkhausen):
CDU 48,47, SPD 12,45, UWG 27,73,
Grüne 11,35
Gewählt: Matthias Quast (CDU)

Bezirk 13 (Schönau-West, Elben,
Scheiderwald):
CDU 60,51, SPD 16,82, UWG 15,17,
Grüne 7,50
Gewählt: Christian Stock (CDU)

Bezirk 14 (Rothemühle, Rothenborn,
Heid, Trömbach, Bebbingen):
CDU 35,75, SPD 31,09, UWG 24,87,
Grüne 8,29
Gewählt: Martin Solbach (CDU)

Bezirk 15 (Römershagen, Dörn-
scheid, Vahlberg, Brün, Hoffnung)
CDU 43,64, SPD 30,91, UWG 16,73,
Grüne 8,73
Gewählt: Dieter Stracke (CDU)

Bezirk 16 (Offingen-Süd)
CDU 41,86, SPD 14,36, UWG 9,11,
Grüne 34,68
Gewählt: Ludger Wurm (CDU)

Bezirk 17 (Ottfingen-Nord)
CDU 35,94, SPD 15,64, UWG 19,18,
Grüne 29,24
Gewählt: Johannes Eichert (CDU)



Über die Reserveliste plus Über- hangmandate gewählt:

SPD:

Jutta Hecken-Defeld
Ludger Reuber
Sibille Niklas
Robert Dornseifer
Catrin Stockhecke-Meister
Astrid König-Ostermann
Sven Scharz
Thorsten Hess

UWG:

Thorsten Scheen
Heike Quast
Ulrich Heinrich
Heinrich Zimmermann
Gerhard Willeke
Josef Kinkel

Grüne

Elmar Holterhof
Marina Bunting
Michael Bieker
Hiltrud Ochel
Michael Krebsbach

Sitzverteilung im Rat der Gemeinde Wenden

CDU	17 Sitze
SPD	8 Sitze
Grüne	5 Sitze
UWG	6 Sitze

**Hinzu kommt das Stimmrecht des
Bürgermeisters (CDU).**

Personalien

Schiedsman Armin Niederschlag verstorben

Hünsborn: 33 Jahre war Armin Niederschlag aus Hünsborn als Schiedsman für die Gemeinde Wenden tätig. Von 1987 – 1992 fungierte er zunächst als Stellvertreter von Reinhold Fischer aus Ottfingen. Von 1992 – 2015 war Armin Niederschlag als 1. Schiedsman für die Gemeinde Wenden tätig, um die letzten fünf Jahre die Stellvertretung von Hans-Günter Wagener aus Altenhof zu übernehmen.

Armin Niederschlag war Schiedsman mit Leib und Seele. Getreu dem Motto „Wir urteilen nicht, wir schlichten“, hat er immer sein Ehrenamt verstanden. Aus Altersgründen hat er im Sommer dieses Jahres sein Schiedsamt niedergelegt.

Aufgrund seiner vorbildlichen Einstellung und in besonderer Anerkennung seiner Leistung in diesem Ehrenamt hat ihm der Gemeinderat in seiner Sitzung am 24. Juni dieses Jahres den silbernen Ehrenbecher der Gemeinde Wenden verliehen.

Wegen seiner schweren Erkrankung kam es leider nicht mehr zur entsprechenden Auszeichnung und Übergabe des Ehrenbeckers durch unseren Bürgermeister. Am 1. September verstarb Armin Niederschlag.



Zum Foto: Armin Niederschlag. Nach kurzer, schwer Krankheit verstarb er am 1. September.

Unter großer Anteilnahme der Bevölkerung wurde er am Freitag, 4. September, auf dem Friedhof in Hünsborn beigesetzt.

Tadschiken absolvieren eine Ausbildung als Pflegefachkraft

Wenden: Bekanntlich hatte die Gemeinde Wenden in der Zeit vom 15. August 2019 bis 14. August 2020 drei junge Tadschiken als Bufdis (Bundesfreiwilligendienst) beschäftigt.

Shahrom Nordizoda, Ziyoratshoh Gadoev und Muhammadiqbol Mirzoev waren tätig in der Asylantenbetreuung (Sozialamt) und im Grünpflegebereich beim Bauhof.

Zum Abschluss des freiwilligen Jahres wurden die drei jungen Burschen gebeten, nach einem Jahr Gemeinde Wenden ihre Eindrücke zu schildern. Hier eine kurze Zusammenfassung:

„Ein Jahr Bundesfreiwilligendienst in der Gemeinde Wenden ist schnell vergangen. Wir haben sehr viel gelernt. Am ersten Tag wurden wir herzlich empfangen und der Umgang mit den Kolleginnen und Kollegen war sehr nett. Wir konnten einen Einblick in die Arbeitswelt gewinnen und haben dabei erfahren, worin wir stark, aber auch worin wir schwach sind. Die gewonnenen Erfahrungen sind für uns unbezahlbar.“

In unserer Freizeit haben wir die Gemeinde Wenden von ihrer schönen Seite kennen gelernt. Die gut ausgebauten Radwege haben uns gefallen. Auch die schönen Wälder haben bei uns einen bleibenden Eindruck hinterlassen. Hier kann man wunderbar spazieren gehen. Alle Bewohner in der Gemeinde Wenden waren freundlich und nett.

An dieser Stelle möchten wir uns bei allen bedanken, die uns geholfen haben und unseren Aufenthalt wirklich zu einem positiven Erlebnis werden ließen. Dank an den Bürgermeister für den herzlichen Empfang, an unsere Betreuung durch das Personalamt, Dank an alle Kolleginnen und Kollegen für eine schöne gemeinsame Zeit“.

Ausbildung als Pflegefachkraft

Während ihrer Zeit im Bundesfreiwilligendienst haben sich alle drei Tadschiken intensiv um einen Ausbildungsplatz in Deutschland bemüht. Ob Hannover, Dortmund, Chemnitz oder München. Für ein Vorstellungsgespräch war ihnen kein Weg zu weit. Schnell hatte man auch erkannt, wo in Deutschland Bedarf an Auszubildenden besteht. Sie haben es geschafft. Am 1. September beginnen alle drei eine Ausbildung als Pflegefachkraft.

Muhammadiqbol Mirzoev fand eine Ausbildungsstelle in Chemnitz. Shahrom Nordizoda und Ziyoratshoh Gadoev absolvieren eine Ausbildung zur Pflegefachkraft in München. Blickpunkt wünscht den Kollegen viel Erfolg. Auf ein Wiedersehen in Wenden!



Zum Foto: Betreuer Rupert Wurm hatte zu den drei jungen Tadschiken ein gutes Verhältnis.

Sophia Werthenbach absolviert Bachelor

Wenden: Mit sehr gutem Erfolg hat Sophia Werthenbach aus Wenden am 24. August ihre Ausbildung zum Bachelor of Laws (Gemeindeinspektorin) an der Fachhochschule in Hagen absolviert. Im Rahmen einer kleinen Feierstunde gratulierte Bürgermeister Bernd Clemens herzlich. Mit Wirkung vom 25. August wurde Frau Werthenbach zur Gemeindeinspektorin auf Probe ernannt. Frau Werthenbach wird in der Kämmerei eingesetzt. Hier obliegt ihr maßgeblich die Fördermittelakquise.



Zum Foto: Gratulation: Sophia Werthenbach hat jetzt erfolgreich ihre Bachelorprüfung abgelegt. Rechts Bürgermeister Bernd Clemens.

Nikolas Reuber-Sastre nimmt Studium auf

Wenden: In Zeiten zunehmender Digitalisierung wird auch der öffentliche Sektor immer stärker mit neuen technischen, organisatorischen und juristischen Herausforderungen konfrontiert. Um diesen Ansprüchen adäquat begegnen und die digitale Transformation zielgerecht lenken zu können, benötigen auch Kommunen geeignetes Fachpersonal.

Deshalb bildet die Gemeinde Wenden ab 1. September 2021 erstmals im Studiengang „Verwaltungsinformatik“ aus. Ziel des Studienganges ist der Erwerb von Fachwissen und Methodenkompetenz, um die Konzeption und Umsetzung von Digitalisierungsprozessen und IT-gestützten Verwaltungsprozessen planen, steuern und beratend begleiten – in Einzelfällen auch umsetzen zu können.

Zum 1. September als Bachelor of Arts (Gemeindeinspektoranzwärter) wurde Nikolas Reuber-Sastre aus Olpe einge-



Zum Foto: Nikolas Reuber-Sastre.

stellt. Er hat sein Studium an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Köln aufgenommen. Das duale Studium dauert drei Jahre. Danach sollte der Gemeinde Wenden ein gut ausgebildeter Mitarbeiter der Fachrichtung „Verwaltungsinformatik“ zur digitalen Aufgabenbewältigung zur Verfügung stehen.

Neuer Fachdienstleiter „Zentrale Dienste“

Wenden: Wie bereits der Presse zu entnehmen war, wird Rupert Wurm zum 31. Dezember dieses Jahres in den Ruhestand gehen. Rupert Wurm stand seit dem 1. August 1972 im Dienst der Gemeinde Wenden. Nach seiner Ausbildung war er zunächst im Schulverwaltungs- und Kulturamt ein-

gesetzt. Er durfte seinerzeit beim Bau des Schulzentrums sachbearbeitend mitwirken. Es folgte eine kurze Zeit auf der Gemeindekasse bis er schließlich 1980 zum Hauptamt versetzt wurde. Hier arbeitete er vornehmlich im Personalbereich und der Pressearbeit. Vor einigen Jahren wurde ihm die Leitung des Fachbereiches Zentrale Dienste/ Ordnung übertragen.

Sein Nachfolger, Bastian Dröge aus Olpe, wird zum 1. Oktober 2020 seinen Dienst aufnehmen und die Leitung des Fachdienstes „Zentrale Dienste“ wahrnehmen. Herr Dröge war bisher bei der Stadt Olpe beschäftigt. Dort war er einige Jahre als Leiter des Personalamtes und zuletzt als Leiter des Rechnungsprüfungsamtes eingesetzt. Blickpunkt wünscht dem neuen Kollegen viel Erfolg!



Zum Foto: Der Nachfolger steht fest. Bastian Dröge (Mitte) wird Rupert Wurm (rechts) als Fachdienstleiter „Zentrale Dienste“ ablösen. Links steht Bürgermeister Bernd Clemens.

Schiedspersonen eingeführt

Wenden: Laut Beschluss des Rates vom 24. Juni wurden

Hans-Günter Wagener, Altenhof, Ketteler Weg 10, für die Dauer von fünf Jahren zum Schiedsmann für den Bezirk der Gemeinde Wenden und

Christoph Hötte, Wenden, Paffenschlade 8, zum stellvertretenden Schiedsmann bestellt.

Die Personen wurden dem Amtsgericht Olpe angezeigt und entsprechend bestätigt. Am 21. August erfolgte die offizielle Einführung ins Amt. Zunächst vereidigte der Leiter des Amtsgerichtes Olpe den neuen stellvertretenden Schiedsmann Christoph Hötte. Anschließend überreichte Bürgermeister Bernd Clemens die entsprechenden Ernennungsurkunden.



Zum Foto: Hans-Günter Wagener (rechts) und Christoph Hötte (2. von links) wurden als Schiedspersonen in ihr Amt eingeführt. Hinten sehen wir den Leiter des Amtsgerichtes Olpe, Peter Krumm (links) und Bürgermeister Bernd Clemens.

Öffnung gemeindlicher Räume für Proben kulturtreibender Vereine in Zeiten der Pandemie

Beschluss des Sport- und Kultur-ausschusses

Die Turnhalle Ottfingen wird für Proben der Ottfinger Musik- und Gesangsvereine zur Verfügung gestellt.

Die Hallen I und II auf dem Balcke-Dürr-Gelände in Rothemühle werden für Proben unserer Musik- und Gesangsvereine zur Verfügung gestellt. Die sanitären und hygienischen Voraussetzungen werden seitens der Verwaltung geprüft und nach Kosten-Nutzen-Analyse ggf. geschaffen. Der Probenbetrieb erfolgt auf Verantwortung der Vereine.

Den Vereinen wird Handdesinfektionsmittel zur Verfügung gestellt. Die Hallen werden - bei Bedarf- zielgerichtet beheizt (ggf. mit Heizpilzen). Sowohl Musik- als auch Gesangsvereine haben Ansprechpartner zu benennen, die verantwortlich den Betrieb und Nutzung in den Hallen regeln. Benutzungszeiten sind der Gemeinde Wenden zu melden.

Die Verwaltung wird beauftragt, nach Möglichkeiten zu suchen, dass die musiktreibenden Vereine in gemeindeeigenen Objekten Probenarbeit durchführen können.

„Das muss man erst mal sacken lassen“

Konzept vorgestellt: Umbau der Gesamtschule Wenden würde 32 Millionen Euro kosten

Am 19.8. fand in der Aula des Schulzentrums Wenden eine mit Spannung erwartete Sondersitzung des Gemeinderates statt. Einziger Punkt der Tagesordnung „Umbau der Gesamtschule Wenden“. Aufgrund einer Erkrankung der zuständigen Architektin war ein ursprünglicher Termin bereits abgesagt worden. Abgesagt wurde im Frühjahr auch eine beabsichtigte Besichtigung von bereits umgebauten Schulen bei Stuttgart (Bad Cannstatt) und Karlsruhe (Bruchsal). Der Besichtigungstermin war der Corona-Krise zum Opfer gefallen. Trotz Urlaubsphase und Corona waren 26 Ratsmitglieder anwesend. Natürlich auch Bürgermeister Bernd Clemens, seine Fachbereichsleiter, die zuständigen Fachdienstleiter und ein Protokollführer.

Aufgrund der Corona-Beschränkungen waren die Zuschauerzahlen begrenzt. Angemeldet waren 14 Personen, die auch alle gekommen waren. Vier Vertreter der Presse (SZ, SK, WP und Lokalplus) berichteten anschließend ausführlich über die Sondersitzung.

Fazit vorweg!

Das Konzept des Planungsbüros Hausmann bildet eine hervorragende Grundlage für die weiteren Beratungen im Rat, seinen Ausschüssen und ggf. Arbeitskreisen. Der Umbau



Zum Foto: Mit dem Umbau des Schulzentrums soll Schule, sollen Lehren und Lernen neu gedacht werden. Als Vorbild dient dabei eine umgebaute Schule in Bad Canstatt, die ein völlig neues Raumgefühl vermittelt.

der Gesamtschule Wenden ist ein zukunftsweisendes Projekt, eine große Nummer. Allein der finanzielle Rahmen stellt einen Kraftakt dar. Gleichwohl macht modernes Lehren und Lernen Sinn. Es gilt, die Gesamtschule Wenden - getreu ihrem Motto - fit für die Zukunft zu machen. Die sicherlich größte, wahrscheinlich aber auch schönste Herausforderung für den neu gewählten Rat. Viel Erfolg!

Über die Sondersitzung des Rates haben alle zuvor genannten Medien umfangreich berichtet. Mit Erlaubnis des Sauerlandkuriers wird hier der

Bericht von Michael Sauer abgedruckt.

Wenden – Da musste so mancher Ratsvertreter wohl erstmal schlucken: In einer Sondersitzung hat das Planungsbüro Hausmann aus Aachen am Mittwochabend dem Wendener Gemeinderat das Konzept für den Umbau der Gesamtschule präsentiert. Geschätzte Gesamtkosten: 32,2 Millionen Euro. Eine Entscheidung traf der Rat noch nicht. Ohne Wahlkampfgetöse ging die Sitzung jedoch auch nicht vonstatten.

Das Konzept

Es ist ein Mammutprojekt, das Florence Verspay den Politikern vorstellte. Basierend aus dem Jahr 2018 hat das Büro Hartmann von November bis März ein Konzept entwickelt, um aus der Gesamtschule ein zukunftsfähiges Schul-, Sport- und Kulturzentrum zu machen.

Die äußeren Toilettenanlagen am südlichen Bauteil sollen einem Werk- und Kunstbereich weichen. Am Eingangsbereich der Schule sieht das Konzept ein größeres Vordach vor, das Foyer soll durch ein Patio bis zum Dach und die Öffnung des Kiosks offener und einladender gestaltet werden.

Im hinteren Foyerbereich trennt eine Glasbauwand den Schulbereich vom öffentlichen Bereich. Dahinter sollen sich in Zukunft die Verwaltung und der MINT-Bereich befinden, außerdem ist im Erdgeschoss ein multiprofessionaler Bereich mit Büros für die Berufsberatung, einem Bewegungsraum und Ähnlichem geplant.

Eine Etage darüber sieht das Konzept den allgemeinen Lehrbereich vor: Vor den Klassenräumen sollen Lernbüros entstehen, der Flur fällt dadurch weg.

Die Mängel

Doch es gibt darüber hinaus zahlreiche Mängel zu beseitigen: „Es gibt schon einen deutlichen Sanierungsstau“, erklärte Florence Verspay. So ist die Schule beispielsweise nicht

barrierefrei, zwei Aufzüge sollen in Zukunft Abhilfe schaffen. Neben Sanierungsbedarf im Bereich des Wärmeschutzes und der Lüftungsanlage gibt es auch Mängel im Bereich Brandschutz. „In der Aula fehlt beispielsweise eine Rauch-/Wärmeabzugsanlage“, so Verspay. Fluchtwege sollen künftig durch Außentreppen ermöglicht werden. Außerdem: „Im Bereich der Fassaden wurde eine Asbestbelastung festgestellt“. Zudem haben Untersuchungen für das Schadstoffgutachten eine Belastung im Bereich der Dämmung und der Abhangdecken ergeben

Die Kosten

Die geschätzten Kosten für den Umbau der Gesamtschule belaufen

sich laut Florence Verspay auf rund 32,2 Millionen Euro. Eine bloße Mängelbeseitigung würde den Stadtsäckel mit etwa 15,6 Millionen belasten. Allerdings: „Die Rechnung ist etwas heikel. Wir haben dabei weder Kosten für eine neue Ausstattung, noch für ein Interim berücksichtigt,“ so Verspay. Da der Umbau während des laufenden Schulbetriebs realisiert werden muss, ist ein Interim, sprich: eine Containerlösung für die Schulklassen, jedoch erforderlich.

Die Dauer

Für die Planungs- und Genehmigungsphase veranschlagen die Planer ein bis zwei Jahre. Der erste Bauabschnitt, der die jetzige Bibliothek, die zu einem Versammlungsraum



Zum Foto: Florence Verspay vom Planungsbüro Hausmann stellte das neue Konzept zum Umbau der Gesamtschule vor.

für bis zu 200 Besucher werden soll, umfasst, soll nach vier Monaten abgeschlossen sein. 18 bis 20 Monate soll der Umbau des mittleren Gebäudebereichs mit Foyer, MINT-Fachräumen und Aula dauern. Verspay: „Das ist der komplexeste Bauabschnitt.“ Für die beiden übrigen Bauabschnitte sind jeweils zehn bis zwölf Monate geplant. In sechs Jahren könnte das neue Schulzentrum also fertig sein.

Die offenen Fragen

Angesichts der Kosten räumte Bürgermeister Bernd Clemens ein: „Das muss man erstmal sacken lassen und in Ruhe beraten“. Er wies darauf hin, dass in der Sondersitzung noch kein Beschluss gefasst werden soll: „Eine Entscheidung mit einer solchen Tragweite sollte dem neuen

Gemeinderat nach der Kommunalwahl vorbehalten sein“. Gleichwohl konnten die Ratsmitglieder Fragen stellen, Clemens verwies jedoch darauf hin, dass sie sich auf wirklich wichtige Fragen beschränken sollen, Details werde man in den kommenden Monaten noch häufiger diskutieren.

CDU-Fraktionschef Martin Solbach ergriff als erster das Wort. Und er nutzte die Gelegenheit, mit „Mutmaßungen aus Teilen des Gemeinderats“ aus der Vergangenheit aufzuräumen: „Es werden Zahlen unterstellt und wild spekuliert: Beides ist nicht die Grundlage verantwortungsvolles Handelns.“ Er warb für den Umbau der Gesamtschule: „Manchmal muss man einfach Mut haben, Dinge tatsächlich in Angriff zu nehmen, vor allem, wenn es sich um Projekte mit solcher

Zukunftswirkung handelt. Sehen Sie das Schulzentrum als eine enorme Investition in unsere Gemeinde als Bildungsstandort.“ Solbach schlug vor, auf der Internetseite der Gemeinde den Entwurf und die Kostenberechnung zu veröffentlichen, um größtmögliche Transparenz zu gewährleisten.

Eine Frage indes stellte Solbach nicht – was die Opposition auf den Plan rief. Stephan Niederschlag, Fraktionsvorsitzender der SPD, erklärte, Solbach habe „viel gesagt, aber nichts ausgesagt. Das alles wissen wir alle längst und so agieren wir auch alle“.

Heinz Zimmermann (UWG) kritisierte den Bürgermeister nach Solbachs Einlassung: „Sie haben gesagt, wir sollen uns auf wichtige Fragen beschränken und lassen so eine Grundsatzrede zu. Ihre Versammlungsführung lässt zu wünschen übrig.“

Clemens wies das scharf zurück: „Jedes Ratsmitglied hat das Recht, zu Wort zu kommen und dabei nicht von mir unterbrochen zu werden. Ich habe nicht die Pflicht, da reinzugrätzen.“

Zimmermanns Frage, wie teuer ein Neubau der Schule wäre, konnte Florence Verspay „nicht pauschal und nur ungefähr“ beantworten, die Kosten lägen aber vermutlich „jenseits der 40 Millionen.“



Zum Foto: Gespannt verfolgten die Ratsmitglieder den Vortrag von Frau Verspay. Der angesetzte Kostenrahmen ist enorm.

Einen wichtigen Punkt sprach Robert Dornseifer (SPD) an: „Das Büro geht von 4,8 Prozent seit dem vergangenen Jahr aus. Das müssen wir ja auch auf die komplette Bau- und Planungsphase anwenden. Die 32 Millionen werden vorne und hinten nicht passen“.

Verspay räumte ein, dass die Kosten eben nur Schätzungen seien: „Das ist der aktuelle Stand. Es ist sehr schwierig, die Kosten für einen so langen Zeitraum vorherzusehen.“

Der Ertrag

Uli Heinrich (UWG) stellte die Frage nach Aufwand und Ertrag: „Gibt es Erkenntnisse, welche Auswirkung ein solcher Umbau auf die Bildung und die Pädagogik hat?“

Verspay entgegnete: „Wir sind immer überrascht, wie anders Schule nach einem Umbau funktioniert.“ Konkrete Kennzahlen wie die Verbesserung des Notendurchschnitts nach einem Umbau, gebe es aber nicht.

Schulleiterin Julia Cruz-Fernandez appellierte: „Sie können uns unterstützen, Schule in Wenden zukunftsfähig zu gestalten.“ Sie erklärte abschließend: „Wir machen aktuelle keinen Frontalunterricht und stellen nach dem Umbau dann auf neue Methoden um. Wir hoffen derzeit, dass das Gebäude bei den Lernmethoden, die wir anwenden, noch hinterherkommt.“



Zum Foto: Auch die „Opposition“ war vom Gesamtkonzept und vor allen den Kosten beeindruckt.

Hochfest Maria Himmelfahrt Festliches Hochamt unter freiem Himmel

(M.P) Hünsborn: Am Hochfest Maria Himmelfahrt feiert die katholische Kirche die leibliche Aufnahme Mariens in den Himmel. Der Glaube an die leibliche Aufnahme Mariens in den Himmel, geht auf das 6. Jahrhundert zurück, und wurde durch Papst Pius XII 1950 zum Dogma erhoben. Die Kirchengemeinde St. Kunibertus Hünsborn hatte sich vorgenommen, dieses Fest auch 2020 unter erschwerten Bedingungen feierlich zu begehen. Aufgrund der Corona-Pandemie wurde deshalb in diesem Jahr das feierliche Festhochamt in Hünsborn unter freiem Himmel auf dem Kirchplatz zelebriert.

Das Hochfest geht zurück auf eine Legende in den apokryphen Schriften. Diese besagt, dass die Apostel von ihren jeweiligen Orten durch die Luft an das Sterbebett Maria gebracht wurden. Nach deren Tod haben sie Maria bestattet und das Grab mit einem großen Stein verschlossen. Dann sei Jesus mit seinen Engeln erschienen und der Stein sei wieder weggerollt worden. Jesus habe Maria herausgerufen und mit sich in den Himmel aufgenommen. In einer anderen alten Legende wird erzählt, dass die Jünger das Grab Mariens nach deren Tod noch einmal öffneten - und

anstatt des Leichnams den Sarg voll mit Blüten und Kräutern vorfanden.

Hierauf geht das Brauchtum der Kräuterweihe an diesem ältesten Marienfest zurück. Daher haben in Hünzburg katholische Frauen mehr als 100 Heilkräuter-Bunde gebunden, die während der Messe gesegnet wurden. Vikar Christian Albert und Küster Tobias Schneider hatten die Heilige Messe unter Beachtung aller Hygienevorschriften vorbereitet. Der Kirchplatz wurde mit ca. 200 Sitzplätzen im Mindestabstand bestuhlt. Der festliche Fahnschmuck sowie der reichlich mit Blumen geschmückte Hauptaltar und ein mit Heilkräutern geschmückter Marienaltar sorgten für ein feierliches Gesamtbild.



Zu den Fotos: „Marie Aufnahme in den Himmel“ wurde in Hünzburg trotz Corona gebührend gefeiert.

Musikalisch wurde die Freiluft-Messe vom Musikverein „Hoffnung“ Hünzburg gestaltet. Rund 200 Gemeindemitglieder waren der Einladung gefolgt. Selbstverständlich achteten alle Gemeindemitglieder auf den gebührenden Abstand zum Nächsten. Nach der Heiligen Messe konnten die gesegneten Heilkräuter von den Gläubigen mit nach Hause genommen werden. Darüber hinaus baten die Musiker zu einem ansprechenden Platzkonzert. So konnte der Freude an diesem wichtigen katholischen Festtag, durch die gemeinsame Feier der Heiligen Messe, gebührend Ausdruck verliehen werden. Ein herzlicher Dank geht an alle, die an der Vorbereitung und Gestaltung dieser würdigen Feier beteiligt waren.



Begrüßungstag bei der EMG Automation GmbH

In diesem Jahr beginnen zehn Auszubildende ihre gewerblich-technische bzw. kaufmännische Ausbildung bei der EMG. Daneben starten außerdem insgesamt elf Auszubildende anderer Firmen aus der Region mit ihrer Grundausbildung in der Ausbildungswerkstatt der EMG.

Der Begrüßungstag der zukünftigen EMG-Azubis stand ganz im Zeichen der Information und des gegenseitigen Kennenlernens. Nach der Begrüßung und Präsentation der elexis-Gruppe durch den kaufmännischen Geschäftsführer Ingo Koesfeld, stellten sich der Betriebsrat, die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) sowie die Ausbilder dem Nachwuchs vor. Im Anschluss an einen Rundgang durch das Unternehmen standen u. a. Themen wie Verhaltensregeln

im Betrieb sowie Informationen zur Arbeitssicherheit und der EMG-Ideenschmiede auf dem Programm.

Zum Schluss des Begrüßungstages erhielt jeder Azubi ein eigenes iPad sowie erste Informationen zum Umgang mit dem Medium und Erklärungen zur Berichtsheft-App und weiteren digitalen Lernbegleitern.

Neben Eigenverantwortung und Kreativität möchte EMG damit vor allem auch die IT- und Medienkompetenzen der Azubis fördern.

Wir heißen alle unsere Auszubildenden herzlich willkommen und wünschen Ihnen einen spannenden Start in ihre Berufsausbildung.

Zum Foto: Der Geschäftsführer der EMG, Ingo Koesfeld, Betriebsratsmitglied Mario Hecken, sowie die Ausbildungsleiter Rony Brüser und Lena Schütze heißen die neuen Auszubildenden herzlich willkommen.



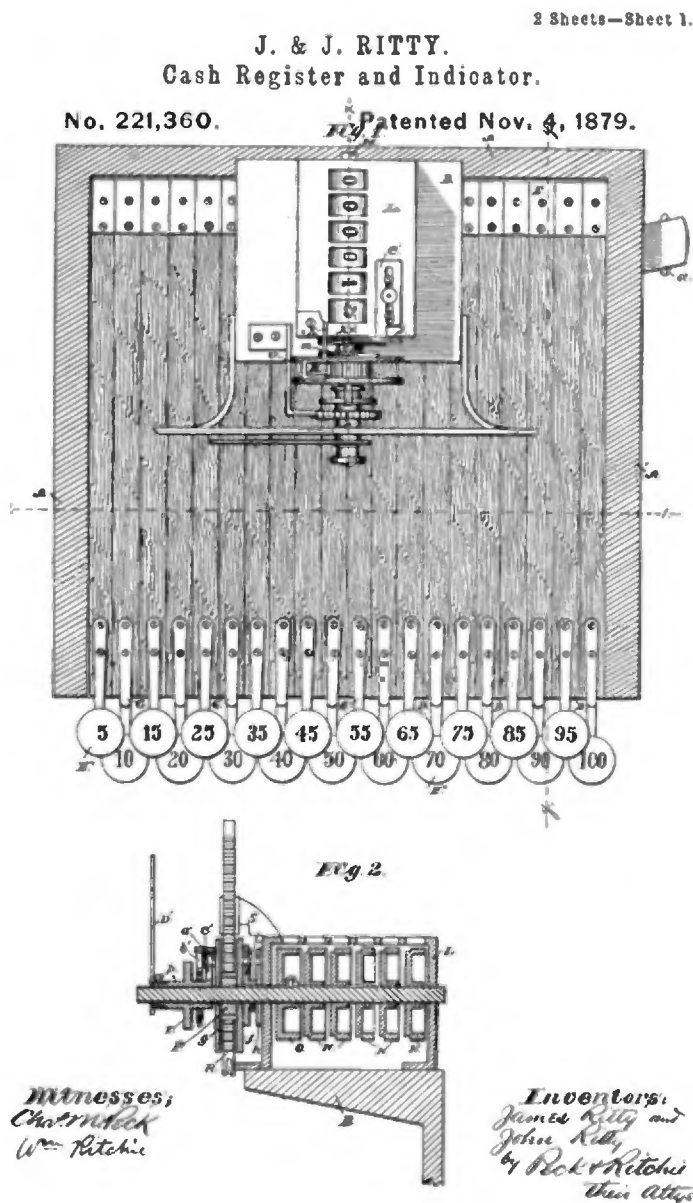
Die Kasse muss stimmen

Vom „Bing“ zum „Beep“: Am Anfang steht das Misstrauen gegen das eigene Personal. Heute müssen Kassen viel mehr können, als Einnahmen zu addieren und das Geld sicher zu verwahren.

Aus der Geschichte des Handels
Beitrag von Marvin Brendel, Wirtschafts-
historiker Berlin

Um 1878 hat James Jacob Ritty genug. Zu dieser Zeit betreibt der US-Amerikaner bereits seit sieben Jahren eine Bar in Dayton, Ohio, und zu oft muss er feststellen, dass ihm am Ende des Tages Geld in der Kasse fehlt. Dafür macht er sein Personal verantwortlich und rüstet zur Gegenwehr: Während der Fahrt auf einem Dampfschiff fällt ihm ein Mechanismus auf, der die Umdrehungen der Schiffspropeller misst. Zusammen mit seinem Bruder John, einem talentierten Mechaniker, tüftelt er daran, wie sich mit einem ähnlichen Mechanismus die Kassiovorgänge in seiner Bar dokumentieren lassen.

Im März 1879 melden die Brüder ihren „Incorruptible Cashier“, den „Unbestechlichen Kassierer“, zum Patent an. Der Apparat verfügt über 20 in zwei Reihen angeordnete Tasten, mit denen sich Preise zwischen fünf und 100 Cent buchen lassen. Ein Mechanismus summiert alle Beträge über einen bestimmten Zeitraum hinweg und zeigt die Summe auf einem großen Ziffernblatt, ähnlich einer Uhr, an.



Zum Foto: Die Originalzeichnung zum Patent von James Jacob Ritty aus dem Jahre 1879

In einer kleinen Fabrik beginnt James Ritty mit der Produktion der Kassen. 1884 übernimmt der Unternehmer John H. Patterson das Geschäft und ändert den Firmen-namen in National Cash Register Company (NCR). Zudem sorgt er für entscheidende Verbesserungen am System: Neben der Möglichkeit, Kassenbons auszu-drucken, zählen dazu insbesondere der Einbau einer Kassenlade für das Bargeld sowie einer Klingel, die beim Öffnen der Kassenlade für Aufmerksamkeit sorgt.

Auch dank dieser Neuerungen sind die Registerkassen einer Theorie zufolge für die Einführung gebrochener Preise verantwortlich: Denn bei glatten Kaufsummen könnten unehrliche Verkäufer das kassierte Geld direkt in ihre Tasche wandern lassen. Bei einer ungeraden Summe müssen sie jedoch die Kasse für das Wechselgeld öffnen – so wird der Kaufvorgang dokumentiert, gleichzeitig soll das laute „Bing“ die Aufmerksamkeit des Händlers wecken und den Kassierer so vom Einstecken des Geldes abhalten.

In Deutschland zählt vor allem die Bielefelder Anker Werke AG zu den Wegbereitern der Registrierkassen. Ab 1900 beginnt das Unternehmen mit der Produktion und steigt rasch zum weltweit zweitgrößten Hersteller nach dem US-Konkurrenten NCR auf.



Zum Foto: Ein Garagenfund: Antike Registrierkasse aus einem Tante-Emma-Laden.

1976 jedoch ist Schluss: Die Firma hat den Wandel von der mechanischen Registrierkasse hin zum computergestützten Kassensystem verpasst und muss Konkurs anmelden.

Tatsächlich macht die Kassentechnik in den 1960er- und 1970er-Jahren einen gewaltigen Entwicklungssprung. Dafür sind nicht nur die Fortschritte bei der elektronischen Datenverarbeitung verantwortlich, sondern auch die Entwicklung von Barcode und Barcode-Scannern sowie die Einführung einheitlicher Artikelnummern. Der große Durchbruch beginnt ab 1973, nachdem sich Händler und Hersteller in den

USA auf einen gemeinsamen Kennzeichnungsstandard verständigen – den Universal Product Code (UPC) mit einem geraden Strichcode. Er liegt auch der 1977 in Europa etablierten European Article Number (EAN) zugrunde.

Automatisierte Warenwirtschaft

Am 26. Juni 1974 wird in den USA das erste mit einem UPC-Strichcode versehene Produkt, eine Packung Kaugummi von Wrigley, über eine Scannerkasse gezogen. Das dabei ertönende „Beep“ verkündet den Beginn einer neuen Ära im Einzelhandel. Die neue Technik beschleunigt nicht nur das Kassieren, sondern sie ermöglicht auch erstmals artikel- und tagesgenaue Absatzauswertungen und eine Automatisierung der Warenwirtschaft. Auch Preisänderungen können schneller umgesetzt werden, da die jeweiligen Waren nicht mehr händisch neu aus-gepreist werden müssen.

In Deutschland beginnt die Revolution in einer Filiale des Augsburger Lebensmittelhändlers Carl Doderer. Sie wird im Herbst 1975 mit einem speziell für Supermärkte und SB-Warenhäuser entwickelten Point of sale (PoS)-System von IBM ausgestattet. Anfänglich tippen die Kassierer statt des an der Ware angebrachten Preises noch die Artikelnummern ein – zwei Jahre später ziehen sie die Produkte samt ihrem Barcode über neue Scannerkassen.

Ob PoS-Systeme mit Touchscreen-Bildschirmen, die Einbindung von Waagen und Kartenlesegeräten bis hin zur Nutzung von Smartphones und Tablets für einen cloudbasierten Kassiovorgang – in den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Kassentechnik beständig weiterentwickelt. Heute wird unter anderem über Funk-Preisschilder nachgedacht und der Einsatz von Selbstbedienungskassen getestet.

Diese ist übrigens keine neue Erfindung: Bereits ab 1965 experimentiert die Schweizer Migros mit Selbststippkassen. Damit gelingt es zwar, die Wartezeiten an den Kassen zu reduzieren. Es zeigt sich jedoch auch, dass die Kunden es mit der Sorgfalt bei der Eingabe nicht so genau nehmen. 1969 wird der Versuch wegen „großer Inventurdifferenzen“ abgebrochen – ein Problem, von dem auch heute wieder berichtet wird.



Zum Foto: Heute funktioniert natürlich alles digital.

Die Gemeinde Wenden sucht

für das **Hallenbad in Wenden** eine Vertretung (m/w/d).

Dem Hallenbadpersonal obliegt das Kassieren der Eintrittsgelder. Außerdem sorgt man für saubere Räumlichkeiten (Reinigung).

Der Einsatz erfolgt im Vertretungsfall (sporadisch).

Wer Interesse hat meldet sich bitte im Rathaus bei Rupert Wurm
Telefon: (02762 /406 -519) oder per E-Mail: R.Wurm@Wenden.de

**Die Gemeinde Wenden sucht für
die Pflege und Reinigung von Spielplätzen in Wenden**

eine Mitarbeiterin / einen Mitarbeiter (m/w/d)

auf Stundenbasis. Die Tätigkeit ist insbesondere für rüstige Rentnerinnen und Rentner / Schülerinnen und Schüler / Studentinnen und Studenten geeignet.

Bewerbungen werden erbeten an:

Gemeinde Wenden, Personalamt
Hauptstr. 75, 57482 Wenden

oder per Mail an R.Wurm@Wenden.de

Preisvergabe erfolgt – Bürgermeister Bernd Clemens besucht „naturnahe Gärten“ im Wendener Land

von Klimaschutzmanagerin Katrin Schröder

Gerlingen/Hillmicke/Hünsborn (Gemeindegebiet): Bereits Anfang August bereiste die sechsköpfige Jury insgesamt 16 Gärten. Bewerben konnten sich Eigentümer und Mieter von Wohngrundstücken und alle Vereine aus der Gemeinde Wenden, die über ein eigenes oder gepachtetes Vereinsgelände verfügen. Die Gärten sollten möglichst viele Elemente wie eine Blumenwiese, standortgerechte Gehölze und Obstbäume, naturnahe Hecken und möglichst viel unversiegelte Fläche aufweisen. Punkte gab es auch für Gemüseanbau in Mischkultur sowie Feuchthflächen und Nist- und Unterschlupfmöglichkeiten für Tiere und einiges mehr.

Großer Gewinner des Wettbewerbs ist die Artenvielfalt in der Gemeinde Wenden. Alle Naturgartenfreunde leisten einen besonderen Beitrag zum Natur- und Klimaschutz und damit zur Förderung und zum Erhalt der Biodiversität. Aus diesem Grund hat sich die Jury auch dazu entschieden neben den ersten drei Plätzen auch einen Sonderpreis auszusprechen.

Alle Teilnehmer, die rein rechnerisch nicht auf dem Siegereckchen stehen konnten, sollten dennoch eine Anerkennung für ihre Leistung erfahren und erhielten daher einen Gutschein mit einem Wert von 100 €, welchen sie in einem Bau- und Gartencenter einlösen können. Denn auch wenn das Engagement in diesem Jahr, rein punktetechnisch, nicht zu einem der ersten drei Plätze geführt hat, so ist der Verwaltung

und der Jury wichtig, die leidenschaftliche Arbeit und liebevolle Gestaltung jedes einzelnen naturnahen Gartens zu würdigen.

In Zeiten von Corona ist alles ein wenig anders. Deshalb verzichtete die Verwaltung der Gemeinde Wenden in diesem Jahr auf einen Empfang im Rathaus zur Preisverleihung im Rahmen des Umweltpreises 2020. Stattdessen begab sich eine kleine



Zum Foto: P.v.l.n.r.: Bürgermeister Bernd Clemens, Tonis Arens, Katrin Schröder (Klimaschutzmanagerin), Angelika Arens und Markus Scherer (Vorsitzender Umweltausschuss).

Abordnung auf eine spätsommerliche Rundreise durch das Wendener Land. Bürgermeister Bernd Clemens, der Vorsitzende des Umweltausschusses Markus Scherer, Fachdienstleiter Zentrale Dienste Rupert Wurm und Klimaschutzmanagerin Katrin Schröder gratulierten den Gewinnern der ersten drei Plätze und des Sonderpreises direkt vor Ort in den prämierten Gärten.

Die Reise begann in Gerlingen, wo Bürgermeister Bernd Clemens eine Urkunde an die drittplatzierte Familie Arens überreichte. Ein kleines, naturnahes Paradies, in dem Familie Arens viel Zeit verbringt, die Angelika Arens überhaupt nicht als Arbeit wahrnimmt. Durch die vielen verschiedenen Gewächse ist der Blühaspekt zu unterschiedlichsten Zeiten des Jahres gegeben. Dies ist eine wunderbare Einladung für Insekten und Vögel, die sich im Garten von Familie Arens zu Recht sehr wohl fühlen. Nicht zuletzt auch aufgrund der vielen Wasserflächen. Sogar ein Hornissenvolk hat sich hier niedergelassen. Aber es ist genug Platz vorhanden, um sich respektvoll aus dem Weg zu gehen.

Als nächstes besuchten die Gratulanten die Gewinnerinnen in Hillmücke. Anne und Gertrud Sieler empfangen die Gäste mit einer Kostprobe aus dem eigenen Garten. So konnten süße Tomaten aus dem Gewächshaus probiert werden, gefolgt von frischem Gebäck mit Hillmücker Blaubeeren. Anne und Gertrud Sieler



Zum Foto: Gertrud und Anne Sieler (im Vordergrund) freuten sich über den 1. Platz.

haben beschlossen, einen Teil ihres Gewinns zu spenden. So möchten sie das Geld zur Gründung eines Netzwerks zu Verfügung stellen, in dem sich (Natur-)Gartenfreunde aus Wenden austauschen und gemeinsame Projekte planen können. Der kleinere Teil des Gewinns wird schon bald in Nistkästen für Vögel investiert.

Franz-Josef Scherer aus Hünsborn gewann mit seinem Garten den zweiten Platz. Man vermutet kaum, was für ein außergewöhnlicher Garten sich hinter der hohen Hecke in der Steimelstraße verbirgt. Seit über

50 Jahren gestaltet Herr Scherer sein Grundstück Hand in Hand mit Natur und Geschichte. Schmetterlinge flattern über den Köpfen der Besucher hinweg, Vögel zwitschern und an jeder Ecke duftet es nach Kräutern oder reifen Mirabellen.

Ihren Abschluss fand die Reise schließlich beim Obst- und Gartenbauverein Hünsborn e.V. Die Jury hatte beschlossen dem Verein einen Sonderpreis zu verleihen, verbunden mit einem Preisgeld von 300 €. Darüber freute sich die erste Vorsitzende Reni Zimmermann sehr. Der Verein bietet nicht nur das Gärtnern

im familiären Umfeld an. Als Bereicherung für das Vereinsleben in der Gemeinde Wenden initiiert der Verein Feste und Wanderungen. Das Vereinsgelände bietet Naturliebhabern alles was das Herz begehrt. Ganze Bienenvölker sind hier Zuhause und auch die zahlreichen Insektenhotels, ganz in der Nähe der Streuobstwiese, sind gut besucht. Selbst das „junge Gemüse“, der Nachwuchs der Besucher und Vereinsmitglieder fühlt sich pudelwohl und freut sich über kindgerechte Angebote und Aktionen.

Naturnahe Gärten und auch Vorgärten schaffen Lebensraum und Lebensqualität. Sie tragen durch Sauerstoffbildung und Feinstaubbindung zur Verbesserung der Luftqualität bei und können durch die Kühlleistung von Grünflächen und Beschattung zur Reduzierung von Hitzeentwicklung beitragen. Nicht zuletzt bieten sie einen Erholungsraum zum Entspannen und Genießen. Deshalb freut sich Bürgermeister Bernd Clemens besonders über die positive Resonanz auf diesen Wettbewerb. Vor allem in einer Zeit, in der Schotter, Kies und mit Steinen gefüllte Gabionen in Gärten und Vorgärten besonders in Mode zu sein scheinen. Es wäre wünschenswert, wenn sich möglichst viele Bürgerinnen und Bürger durch die Vielzahl naturnaher und ökologischer Gestaltungsmöglichkeiten inspirieren lassen und auf vermeintlich pflegeleichte aber artenarme und eintönige Schotterlösungen verzichten.



Zum Foto: Der ehemalige Bauhofmitarbeiter Franz-Josef Scherer wurde mit dem 2. Platz ausgezeichnet. Herzlichen Glückwunsch für einen sehr schönen, leicht „verwunschenen“ Garten.



Zum Foto: Die Auszeichnung für den Obst- und Gartenbauverein Hünsborn nahm Irene Zimmermann entgegen.

2020

Keine Kirmes, Keine Tierschau

Mit einigen Fotos zur Kirmes und Tierschau möchten wir die Erinnerung an unser größtes Volksfest im Wendschen wach halten. Hoffentlich sehen wir uns 2021 auf der „Wendschen Kärmetze“.



Von oben betrachtet.
Kartoffelschälen für Lago da Pedra 1972.



In Bebbingen ist alles anderes. Rainer und Wolfgang Engel veranstalteten in diesem Jahr ihre eigene Tierschau.



Krombacher und Reibekuchen stehen für den besonderen Kirmesgenuss. Pfarrer Michael Kleineidam soll sogar einige Reibekuchen ins Rathaus gebracht haben. Im Dienst musste auf das Krombacher verzichtet werden.



Auf 2021!

Zu guter Letzt!

Gemeindegebiet: Trotz oder auch wegen Corona laufen im Moment einige Dinge anders. In der Gemeinde Wenden geht eigentlich alles sehr entspannt seinen Weg. Passen wir weiterhin auf uns auf, freuen uns des Lebens und bleiben gesund.



In Zeiten von Corona muss improvisiert werden. Den gemischten Chor Ottfingen zog es in die Turnhalle.



Neues Wegekreuz für Trömbach. Begleitet von zwei Flügelhornisten erfolgte die Einweihung durch Vikar Albert.



In Schöнау-Altenwenden ist die Welt noch in Ordnung. Man gönnt sich eine Pause und genießt die Natur.



Der Schönaauer Personalservice stellte jetzt dem Verein zur Unterstützung von Familien, Senioren und Kindern e.V hochwertige Masken für ihre ehrenamtliche Arbeit zur Verfügung. Wir sehen v.l.n.r.: Veronika Schönaauer, Simone Sauermann, Peter Lütticke und Reinhard Schönaauer.

Immer da, immer nah.

PROVINZIAL

Die Versicherung der  Sparkassen

Voll im Job und plötzlich
berufsunfähig?
Jetzt Einkommen absichern.

Ihre Provinzial Geschäftsstelle

Klaus Schlechtinger e. K.

Hauptstraße 8, 57482 Wenden

Tel. +49 2762 4000340, Fax +49 2762 40003443

schlechtinger@provinzial.de

